

Denkmalschutz – bitte warten!



Editorial

Bekanntlich soll man keiner Statistik trauen, die man nicht selbst gefälscht hat, und so verwundert es kaum, dass Wien regelmäßig zur „Stadt mit der höchsten Lebensqualität“ gewählt wird, während doch gleichzeitig Umfragen bei Mietern und Eigentümern ergeben, dass sich „Wohnen im Altbau“ in liebevoll restaurierter Altsubstanz der mit Abstand höchsten Beliebtheit erfreuen würde, dank hoher Decken und temperierender Vollziegel. Doch leider steigt für Investoren der Profit am schnellsten bei Abriss und Neubau samt menschenverachtender Verdichtung, und die nicht enden wollende Folge von Altbau-Abrissen scheint unaufhaltsam.

Große Hoffnungen weckte zunächst eine von der Initiative Denkmalschutz lange geforderte und 2018 vom Wiener Gemeinderat endlich beschlossene Novelle zur Bauordnung, die festlegte, dass auch Altsubstanz außerhalb der – viel zu klei-

nen – Schutzzonen auf die Erhaltungswürdigkeit im historischen Stadtbild geprüft wird, womit die Flut der genehmigungsfreien Abrisse endlich etwas eingedämmt werden sollte.

Die Bilanz der im ersten Jahr gelebten Praxis ist aber buchstäblich vernichtend: Noch vor In-Kraft-Treten der Novelle wurden knapp zwanzig Abrisse eilig „eingeleitet“, wobei teils nur einige Ziegel entfernt worden waren. Behörden und Gerichte wurden zur Erhaltung der Altsubstanz bemüht – erfolglos, trotz angeblich „guter Absichten“. Im Staub der weiterlaufenden Abrisse erkennen wir daher schemenhaft eine gewisse „Unverbindlichkeit“ dieser Novelle, und dass sie bis jetzt noch nicht so recht greifen „will“.

Akut bedroht sind auch zwei Bauten Emil von Försters im „Neuen AKH“, ein weiteres Stück Medizingeschichte droht aus schnöden Kostenrechnungsgründen vernichtet zu werden.

Dr. Gerhard Hertenberger
Chefredakteur Denkma[i]

Inhalt

- Seite 1 *Gerhard Hertenberger*: Editorial – Denkmalschutz, bitte warten!
- Seite 2 Impressum, Bildnachweis
- Seite 3 *Georg Scherer*: AKH – Die historischen Kliniken des Wiener Allgemeinen Krankenhauses
- Seite 8 *Gerhard Hertenberger*: Die Wiener Stadtzertrümmerung. Eine gut gemeinte Bauordnungs-Novelle bewirkte Ende Juni 2018 hastige Hausdemolierungen in ganz Wien
- Seite 20 *Peter Laukhardt*: Girardis Geburtshaus: Abend-Dämmerung für den Denkmalschutz in Graz?
- Seite 24 *Wilfried Lipp*: Welterbe Wien als Chefsache. Ein Erfolg der Bürger
- Seite 30 Kurzmeldungen
- Seite 38 Veranstaltungen / Termine
- Seite 40 In eigener Sache / Buchwerbung



In eigener Sache, zu Denkma[i] 25 und dieser Nummer: Obwohl man hinterfragen kann, ob und inwieweit die modernen Kommunikationsmittel wie Facebook, Twitter & Co mit der klassischen gedruckten Form mithalten können, dürfen sie im 21. Jahrhundert, dessen zweites Jahrzehnt bald hinter uns liegen wird, nicht ignoriert werden. Auch die Initiative Denkmalschutz hat in den letzten Jahren einen deutlichen Schwerpunkt auf den Internet-Auftritt gelegt und insbesondere die tagesaktuelle Präsentation gefährdeter Objekte auf Facebook genutzt. Die Bilanz eines Jahrzehnts kann sich durchaus sehen lassen: Facebook-Beiträge der Initiative Denkmalschutz werden tausendfach gelesen und hundertfach zitiert, Mitte Oktober 2019 beträgt die Anzahl der Abonnenten 3.619 und die Anzahl der „gefällt mir“ ebenso stolze 3.489 Personen. Zum Vergleich: Das Bundesdenkmalamt Österreich (BDA) weist derzeit 2.085 „gefällt mir“ und 2.168 Abonnenten aus. Einer der Nachteile einer starken digitalen Präsenz ist aber tendenziell eine Vernachlässigung der klassischen Medien, wie zum Beispiel unserer Zeitschrift Denkma[i], wo das einst selbst gesetzte Ziel, drei Mal im Jahr in gedruckter Form über aktuelle Entwicklungen im Denkmalschutz zu berichten, in den letzten zwei Jahren leider verfehlt wurde. Neben dem simplen Arbeitsvolumen, das fünfzig- bis sechzigseitige Zeitschriften nun einmal verursachen, zeigte sich zunehmend, dass insbesondere die Aktualität der Beiträge unter der hohen Seiten- und Artikelzahl stark leiden musste, und notwendiges, teils mehrfaches Umschreiben der Artikel aufgrund neuester Entwicklungen die Erscheinungstermine weiter hinaus schob. Die Objekte, über die wir berichteten, waren dabei nur mehr relativ klein abgebildet, um überlange Texte im Layout unterbringen zu können. Mit Denkma[i] 25 und der nun ebenfalls vorliegenden 26. Ausgabe unserer Vereinszeitschrift beschreiten wir neue Wege: Weniger Artikel pro Ausgabe, und deutlich mehr Platz für die Abbildungen gefährdeter Objekte, von denen viele in unserer Zeitschrift leider zum letzten Mal vor ihrer Zerstörung gezeigt werden, sollen es ermöglichen, in Zukunft öfter zu erscheinen. Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre der „aktuellen“ Ausgaben!

Erhalten, statt zerstören: Denkmalschutz ist Kulturschutz – Treten Sie bei!

Die Initiative Denkmalschutz ist auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen. Falls Ihnen der Denkmalschutz in Österreich ein Anliegen ist, und sie noch kein Mitglied sind, setzen Sie bitte ein Zeichen und treten Sie unserem Verein bei! Mit Ihrem Mitgliedsbeitrag (ab € 24) oder Ihrer Spende helfen Sie mit, die größte unabhängige Denkmalschutzorganisation Österreichs am Leben zu erhalten! Wir brauchen Mittel, um z.B. die Medien effektiv auf Missstände hinweisen zu können, oder um Bürgerinitiativen im Bereich des Denkmalschutzes tatkräftig zu unterstützen. Vielen Dank!

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:
Verein Initiative Denkmalschutz
eingetragener Verein, ZVR-Zl. 049832110

Fuchsthallerg. 11/5, 1090 Wien, Österreich
e-Mail: office@idms.at
http://www.initiative-denkmalschutz.at
Mobil: +43 (0)699 1024 4216
Tel.: +43 (0)1 310 22 94

Chefredakteur: Dr. Gerhard Hertenberger
Red. Beratung: Mag. Wolfgang Burghart
Fachberatung: Markus Landerer
Layout: Ing. Viktor Zdrachal / www.bildig.at
Nachdruck nur mit Genehmigung der Autoren.
Redaktionsschluss: 31. Oktober 2019

Mitgliedsbeitrag: € 33 / € 29* (oder bei Zusendung der Druckwerke als PDF per e-Mail ermäßigt: € 28 / € 24*), Förderer: € 250

*Frühzahler; gilt bei Einzahlung innerhalb der ersten sechs Kalenderwochen sowie bei Neueintritt in den Verein.

Bankverbindung: BIC: GIBAATWXXX,
Initiative Denkmalschutz – Zentrale
IBAN: AT86 2011 1289 3876 2500
Initiative Denkmalschutz – Zweigstelle Wels
IBAN: AT59 2011 1289 3876 2501

Grundlegende Richtung: Information der Vereinsmitglieder über Aktivitäten des Vereins und Problematiken im Bereich des Denkmalschutzes in Österreich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder und stimmen nicht unbedingt mit jener der Redaktion überein.

Bildnachweis (Abb.): Christoph Bazil / BDA: 71; Otto Bayer: 26, Wolfgang Burghart: 52-53; Gerhard Hertenberger: 5-6, 8-9, 14, 21, 24-25, 50, 63-64; Albert Härtel: 68; Roland Hinn: 59; Martin Kupf: 42; Markus Landerer: 17, 19, 57, 77-78; Peter Laukhardt: 34, 36-37, 40-41; Maria Rabl / Bezirksrundschau: 56; Initiative ‚Rettet die Karlskirche‘: 43; Georg Scherer: Titel, 2, 7, 12; Erich J. Schimek: 3, 13, 15-16, 18, 20, 22-23, 27-30, 32-33, 66; Viktor Zdrachal: 4, 31.

Wikimedia commons lt. <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0> (bearbeitet von Viktor Zdrachal), Fotos mit Quelle www.wikimedia.org – gemeinfrei: 10-11, 35, 38-39, 46, 49, 55a, 81; Peter Gugerell: 73; Lizenz cc by sa 4.0: Bwag: 72; De-Okina: 60; Christian Liebscher: 59; Linie49: 76; Christian Thiele: 61; Lizenz cc by 3.0: Earnest-B: 45; Bwag: 51; Johann-Jaritz: 44, 48; Franz Kerschbaum: 68; Hans Larwin: 70; Thomas Ledl: 69; Clemens Mosch: 75; Hiroki Ogawa: 64; Clemens Pfeiffer: 47, 74; Wolfgang Sauber: 54; Viennaphotographer: 65; Vonmetz: 60; Lizenz cc by 2.5: böhringer friedrich: 61-62. Alle exakten Wikimedia Lizenzen im Detail: <http://commons.wikimedia.org/>.

Titelbild: Die ehemalige I. Medizinische Klinik des „Neuen Allgemeinen Krankenhauses“ in Wien, fotografiert im April 2019 von Georg Scherer.

AKH – Die historischen Kliniken des Wiener Allgemeinen Krankenhauses

— Georg Scherer —

Zwei bedeutende Werke des Ringstraßen-Architekten Emil von Förster sind akut gefährdet, nicht zuletzt, weil sie seit 1987 nicht mehr unter Denkmalschutz stehen



Das Allgemeine Krankenhaus (AKH) mit seinen riesigen Bettentürmen hat seit dem Bauskandal und der exzessiven Kostenüberschreitung traurige Berühmtheit erlangt. Trotz Abrisswellen und jahrelangem Verfall haben sich jedoch im Schatten der grauen Neubauten zwei besondere Gebäude erhalten: Die über 100 Jahre alten Kliniken sind ein erschreckendes Beispiel dafür, wie in Österreich mit historischer Architektur umgegangen wird. Diese Werke des Architekten Emil von Förster (1838-1909), der u.a. mit Gebäuden wie dem später abgebrannten Ringtheater und dem Dorotheum Bekanntheit erlangt hatte, könnten schon demnächst dem Abriss anheimfallen.

Die Neuen Kliniken – heute schon historisch

Die I. Medizinische Klinik und die Kinderklinik sind Teil der sogenannten Neuen Kliniken, die von 1904 bis 1923 am Gelände des heutigen neuen AKH errichtet wurden (siehe Abb. 1). Auf der Basis bereits bestehender Planungen entwarf Emil von Förster einen neuen Generalplan und gab den Gebäuden eine für ihn charakteristische monumental-repräsentative Außen-gestaltung. So erinnert der von ihm gestaltete Hörsaal an einen neubarocken Prunksaal (siehe Seite 5, Abb. 5 und 6),



Abb. 1: Postkarte, etwa um 1920, mit einer historischen Ansicht der Neuen Wiener Kliniken im Bereich Lazarettgasse. Links die I. Medizinische Klinik, rechts hinten die Kinderklinik. Im Hintergrund würde man heute die beiden großen AKH-Türme sehen.



Abb. 2 (oben) und Abb. 2a (Detail unten Mitte): 2013 noch mit intakten Fenstern (Abb. 3, unten links), hat sich der Zustand inzwischen dramatisch verschlechtert. Durch „Anti-Terror-Übungen“ und andere devastierende Maßnahmen sind inzwischen dutzende Fenster zerstört und bestenfalls durch Plastikfolien abgedeckt oder stehen wie auf Abb. 4 (Bild unten rechts) ganz offen, und Wind und Regen können ungehindert eindringen.

während die Kinderklinik (siehe Abb. 2) an die Gestaltung herrschaftlicher Palais anknüpft. Die beiden Klinikgebäude gehören auch zu seinen letzten Werken – von Förster starb 1909, noch vor Baubeginn.

Abrisswelle ab den 1960ern

Während der Zweite Weltkrieg keine irreparablen Schäden an der Bebauung des AKH nach sich gezogen hatte, wurde ab den 1960ern allmählich ein Gebäude nach dem anderen abgebrochen. Besonders folgenschwer war der Verlust der nach Plänen von Ferdinand Fellner d. Ä. erbauten riesigen „Landesirrenanstalt am Brünnefeld“. Das 1853 fertiggestellte Gebäude musste trotz hoher architektonischer Bedeutung 1974 einem Neubau weichen. Abgerissen wurde auch der 1904 errichtete repräsentative Torbau, wo Kaiser Franz Joseph einst den Grundstein für die Neuen Kliniken gelegt hatte. Selbst in den 2000er-Jahren fielen noch kleinere Pavillons den Abbruchmaschinen zum Opfer.

Historische Kliniken seit 2012 gefährdet

Bereits 2012 warnte die Initiative Denkmalschutz vor dem Abriss der beiden AKH-Kliniken. Der neu aufgelegte Flächenwidmungsplan hat einen Erhalt nicht einmal vorgesehen – im Gegenteil: Weder eine Schutzzone, die den Abriss verhindern könnte, noch ein am Altbestand orientierter Bebauungsplan finden sich im bis heute gültigen Plandokument. Zusammen mit dem bereits 1987 aufgehobenen Denkmalschutz wurde so der erste Schritt zum Abriss gesetzt.

Klinik erhaltenswert – trotzdem Abriss?

Seit Inkrafttreten der neuen Bauordnung sind Abbrüche vor 1945 errichteter Gebäude nur noch gestattet, wenn „an der Erhaltung des Bauwerkes infolge seiner Wirkung auf das örtliche Stadtbild kein öffentliches Interesse besteht“. Da diese Bestimmung auch Häuser außerhalb von Schutzzonen miteinschließt, könnte es sich dabei um die wirksamste Maßnahme zum Schutz des historischen Wien seit der Schaffung der Schutzzonen im Jahr 1972 handeln.

Das AKH hat bereits den Abriss eines Gebäudes, der I. Medizinischen Klinik, beantragt. Doch ganz so einfach wird es mit dem Abbruch nicht, denn die MA 19 – zuständig für Architektur und Stadtgestaltung – hält das Gebäude für erhaltenswert. Jetzt ist zu befürchten, dass das Argument „Abbruchreife“ vorgebracht werden könnte, um die Klinik doch noch zu demolieren. Auch die noch in Verwendung stehende Kinderklinik soll in den nächsten Jahren durch einen Neubau ersetzt werden, wie die Baupolizei mitteilt.

Abb. 5 u. 6: Der Hörsaaltrakt der I. Medizinischen Klinik erinnerte (zumindest von außen) an einen barocken Prunksaal. Heute ist dieser Fassadenbereich von der Straße kaum einsehbar, beim Anblick drängt sich der Eindruck auf, die Vernachlässigung der Objekte müsse sich schon jahrelang hinziehen.





Abb. 7: Das imposante Gebäude der ehemaligen Kinderklinik. Links von der Mitte die großen, hier etwas schlichter gehaltenen Hörsaal-fenster.

Jahrelanger Verfall

Die Magistrate der Stadt Wien haben schon vor sieben Jahren den zum Teil schlechten Bauzustand beider Gebäude festgestellt. Trotzdem ist es in der Zwischenzeit zu keinen erkennbaren Reparaturen gekommen. Angesichts der gesetzlich festgeschriebenen Erhaltungspflicht stellt sich die Frage, warum die Baupolizei nicht frühzeitig eingegriffen hat, um einen ordnungsgemäßen Bauzustand herzustellen. Erschwerend kommt hinzu, dass das Innere der I. Medizinischen Klinik bei Schieß- und Sprengübungen der Polizei schwer devastiert wurde, wie der Initiative Denkmalschutz anonym zugespielte Aufnahmen belegen.

Die Stadtregierung hat es in der Hand!

Alle Liegenschaften des AKH stehen im Eigentum der Stadt Wien. Somit kann der zuständige Stadtrat die Abrisspläne sofort stoppen und die Weichen in Richtung Sanierung stellen. Dass Sanierung und Neunutzung ohne Zweifel möglich sind,

beweisen die historischen Frauenkliniken, die erst in den 2000er-Jahren grundlegend renoviert wurden und in denen heute Institute der Medizinischen Universität und die Krankenhausverwaltung untergebracht sind. Außerdem sind am AKH durchaus Flächenreserven für neue Gebäude vorhanden. Allein der Platz der drei rund 50 Meter hohen Schwestern-türme aus den 60er-Jahren, deren Abbruch teilweise schon projektiert sein dürfte, bietet viel Raum für neue Gebäude.

Was würde die Stadt Wien international für ein Bild abgeben, wenn kunsthistorisch wertvolle Bauten abgerissen werden, während daneben triste Betonkolosse stehen bleiben dürfen? Und wie groß wäre die Aufregung, würde etwa das zur selben Zeit errichtete historische Otto-Wagner-Spital abgerissen? Oder das zum Uni-Campus umgebaute Alte AKH?

Eine von der Initiative Denkmalschutz und der Österreichischen Gesellschaft für Denkmal- und Ortsbildpflege unterstützte Petition setzt sich für die Sanierung und neue Nutzung der beiden historischen Kliniken ein. Noch werden Unterschriften für dieses wichtige Anliegen gesammelt!

Georg Scherer
Autor

Aktuelle Informationen finden Sie auch auf der Website www.wienschauen.at

Literatur

Keplinger, Monika Maria: Die „Neuen Kliniken“ des Wiener Allgemeinen Krankenhauses (1904-1923). Fragment einer Krankenstadt, Weitra 2014, a. d. Reihe: Enzyklopädie des Wiener Wissens: Bd. 21; ursprünglich 2010 als Dissertation der Uni Wien erschienen.

Anmerkungen

¹ Eine Erlaubnis zur photographischen Innendokumentation der I. Medizinischen Klinik inklusive Hörsaalbereich wurde der Initiative Denkmalschutz von der AKH-Verwaltung explizit „aus Sicherheitsgründen“ verweigert.



Abb. 8 (re.o.) und 9 (re.): Details von der I. Medizinischen Klinik im Schatten der riesigen neuzeitlichen Bettentürme.

Abb. 10 u. 11 (unten): Anonym aus dem AKH wurden der Initiative Denkmalschutz Fotos von Devastierungen und Einschüssen im Inneren der ehemaligen I. Medizinischen Klinik übermittelt, die laut dem Informanten bei wiederholt durchgeführten „Antiterror“-Schieß- und Sprengübungen entstanden sind. Es ist kaum zu glauben, dass die Türen und Fenster tatsächlich durch massiven Schusswaffengebrauch zerstört werden konnten, ohne dabei eine Gefährdung von Patienten oder Ärzten auf dem Spitalsgelände ausgeschlossen zu haben. Die AKH-Leitung wollte zu diesem Thema keine Stellungnahme abgeben.



Die Wiener Stadtzertrümmerung

— Gerhard Hertenberger —

Eine gut gemeinte Bauordnungs-Novelle bewirkte Ende Juni 2018 hastige Hausdemolierungen in ganz Wien

verloren

Bis Mitte der 1990er Jahre musste jeder Hausabriss in Wien amtlich bewilligt werden. Während unter Bürgermeister Helmut Zilk der Schwerpunkt eher auf Stadterneuerung und Althausanierung gelegt wurde, änderte sich dies unter seinem Nachfolger Michael Häupl, der 1994 das Amt übernahm. Unter dem Vorwand der „Verwaltungsvereinfachung“ und „Bürger-nähe“ war es nach der Bauordnungs-Novelle von 1996/97 möglich, außerhalb von Schutzzonen Häuser bewilligungsfrei abzureißen. Der Abbruch musste lediglich mitgeteilt werden, was seither das Todesurteil für viele wertvolle ältere Bauten in Wien bedeutete.

Hinzu kam, dass die Magistratsabteilung 19 (Architektur und Stadtgestaltung) zwar 1996 in einer großen Studie aufzeigte, welche Gebiete in Wien mit hoher Wahrscheinlichkeit schutzzonenwürdig seien, dass sich aber sowohl die Bezirks-, als auch die Rathauspolitik kaum darum kümmerte und entweder völlig willkürlich und unzureichend, oder aber gar nicht auf die Empfehlungen der MA 19 (oder jene der Initiative Denkmalschutz) einging. Beschlossen werden Schutzzonen im Gemeinderat, die Bezirke können jedoch in ihren Stellungnahmen Empfehlungen abgeben. Ottakring, um ein Beispiel zu nennen, kann seit den 1990er Jahren keinerlei Ausweitung



Abb. 12: Wien, Leopoldstadt – Die 1907 von Oskar Marmorek, dem Architekten von Rüdigerhof und Nestroyhof, errichtete Mikweh (jüdisches Reinigungsbad) in der Floßgasse 14 (Wien, 2. Bezirk) im Jänner 2019. Nach dem Abbruchversuch am 29.6.2018 war das beschädigte Bauwerk monatelang der Witterung ausgesetzt. Im April 2019 wurde es komplett abgerissen.



Abb. 13 u. 14: Wien, Wieden – Das Biedermeierhaus Karolinengasse 13 (im 4. Bezirk) mit dem Gasthof Sperl am letzten Öffnungstag, dem 21.6.2018 (oben), und im Jänner 2019 wenige Tage nach dem zweiten (behördlich neuerlich gestoppten) Abbruchversuch.



Abb. 15-17: Wien, Neubau – Das Biedermeierhaus Zieglergasse 52 (im 7. Bezirk) mit dem gut gehenden Lokal St. Ellas wurde demoliert, weil die Stadt Wien keine Schutzzone erlassen hatte (Fotos 24.8.2016 bzw. 30.6.2018).



Abb. 18 u. 19: Wien, Neubau – Auch das Vorstadthaus Zieglergasse 53 (im 7. Bezirk) fiel der Abbruchwelle zum Opfer (Fotos 13.5.2018 bzw. 24.6.2018).

von Schutzzonen vorweisen, in vielen anderen Bezirken gab es ein ähnliches Versagen. In einer Bezirksvertretungssitzung im Nordwesten Wiens erlebte eine Journalistin, wie eine hochrangige Politfunktionärin empört schmetterte: „Wo kämen wir denn da hin, wenn Schutzzonen überall erweitert werden!“

Sogar besonders wertvolle Bauten konnten ab 1997 buchstäblich vor den Augen des Bundesdenkmalamts (BDA) weggerissen werden: Während bis dahin beim Ansuchen um eine Abbruchbewilligung das BDA von einem geplanten Abbruch ausgehen und eine Sofortunterschützstellung verfügen konnte, mit nachgereichtem ausführlichem Ermittlungsverfahren, war dies ab 1997 nicht mehr möglich: Solange das BDA keine Indizien hat, dass ein Gebäude unmittelbar vom Abbruch bedroht ist, ist laut Denkmalschutzgesetz keine „Sofortunterschützstellung“ per Mandatsbescheid erlaubt. Ein Eigentümer, der eine Unterschützstellung befürchtet oder bei dessen Bauwerk sogar gerade ein Unterschützstellungsverfahren lief, konnte seither in einer Blitzaktion Fakten schaffen und parallel zur Mitteilung des Abbruchs an die Baupolizei binnen weniger Stunden so viel Bausubstanz zerstören, dass eine Unterschützstellung keinen Sinn mehr machte und das Verfahren des BDA wegen „Untergang des Bauwerks“, wie es amtlich heißt, beendet werden musste.

Die Liste solcher Fälle ist lang. In der Schloßgasse 5/Castellgasse 1 und 1a stand bis 2001 ein Vorstadt-Biedermeierhaus aus dem späten 18. Jahrhundert. Seit Monaten lief ein Unterschützstellungsverfahren des BDA, der Eigentümer leistete jedoch Widerstand, er ließ einen Lokalausweis verschieben und teilte der Baubehörde (MA 37) kurz vor Weihnachten den geplanten Abbruch mit. Am 27.12.2001 fuhren Bagger auf, und als im Laufe des Tages ein Abbruchstopp verfügt wurde, war bereits der größte Teil des Hauses zerstört.

Ähnlich war die Situation bei einer Jugendstilvilla in der Buchbergstraße 1 in Hadersdorf (14. Bezirk, Penzing). Zwar war das BDA bereits auf das wertvolle Bauwerk aufmerksam geworden, durfte jedoch wegen fehlender erkennbarer Abbruchabsichten des Eigentümers keinen Mandatsbescheid erlassen. Als das „Netzwerk Denkmalschutz“ (Markus Landerer

und Claus Süß), ein Vorläufer der 2008 gegründeten Initiative Denkmalschutz, im Frühjahr 2006 in einer großen Tageszeitung auf die Gefährdung des Bauwerks nachdrücklich hinwies, ließ der Eigentümer die Villa wenige Tage danach sofort abreißen.

Hinzu kam noch das Problem, dass bei der Änderung der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne keineswegs dem Bestand entsprechend gewidmet wurde (also bei niedrigen Vorstadthäusern eine entsprechend niedrige erlaubte Bauhöhe, usw.), sondern es wurden ausgedehnte Flächen meist wesentlich höher gewidmet, als es der Höhe der bestehenden Bauten entsprach. Immobilien-Spekulanten und „Entwickler“ wurden hierdurch geradezu animiert, Häuser aufzukaufen, „mieterfrei“ zu machen (mit welcher „grauslicher“ Methode auch immer) und dann nach dem Abriss durch einen wesentlich höheren Neubau zu ersetzen. Wenn dies nicht ging, klotzte man monströse Aufbauten aus Glas und Stahl auf das Dach der historischen Bauten und wunderte sich dann, wenn in den heißen Sommern nur starke Klimaanlage das tropische Wohnklima ein wenig lindern konnten. Die Gier der Immobilien-Haie war größer als die Vernunft, zumal den Aufbauten der kühlende Luftpuffer eines Dachbodens fehlte, der sich über Jahrhunderte so gut bewährt hatte.

Dringender Handlungsbedarf

In den vergangenen Jahren war sogar einigen Politikern inzwischen klar, dass baurechtlich etwas geschehen musste, wenn Wien nicht rasant immer mehr historische Bausubstanz verlieren und zu einer gesichtslosen Plattenbau- und Hochhausstadt verkommen sollte. Michael Ludwig, damals noch Wohnbau-Stadtrat, präsentierte im April 2018 gemeinsam mit dem damaligen grünen Planungssprecher Christoph Chorherr die Pläne für eine Bauordnungsnovelle. Es sollte einen besseren Schutz für Bauten, die vor dem 1.1.1945 errichtet wurden, geben. Künftig würde man auch außerhalb von Schutzzonen verpflichtend prüfen, ob sie nicht doch erhaltungswürdig seien.



Abb. 20 (links): Das Haus Breitenfurter Straße 10 (Wien-Meidling) in intaktem Zustand (4.3.2016): Vor Inkrafttreten der Bauordnungsnovelle wurden noch hastig Dekorelemente der Fassade zerstört; Abb. 21 (rechts): Die Rückseite des Hauses wurde mit dem Bagger ebenfalls eilig devastiert (Juli 2018).

In den Wochen danach zeigte sich allerdings, dass das Vorankündigen einer solchen Maßnahme keine gute Idee ist. Wienweit wurden „Immobilien-Entwickler“ und Spekulanten von der Sorge ergriffen, dass die von ihnen zwecks Abbruch aufgekauften Häuser, bei denen die Mieter noch nicht vollständig abgesiedelt werden konnten, womöglich von der Behörde als „erhaltenswürdig“ eingestuft werden würden, sobald das neue Gesetz gilt. Den Rathauspolitikern dämmerte, dass es bis zum für Jänner 2019 geplanten Inkrafttreten der Bauordnungs-Novelle eine kaum je dagewesene Menge an Hausabbrüchen geben würde. Somit wurde ein rot-grüner Initiativantrag formuliert, jenen Teil der Novelle, der eine Bewilligungspflicht für Abrisse vorsieht, bereits auf Ende Juni 2018 vorzuziehen.

Die totale Stadtzertrümmerung

Leider bekam eine Tageszeitung² von diesem politischen Reparaturversuch Wind, wodurch dann sämtliche Wiener Immobilien-Spekulanten und Developer gewarnt wurden und offensichtlich in Torschlusspanik verfielen. Binnen kürzester Zeit wurden mindestens 80 Abbruchmitteilungen an die Behörde (MA 37, Baupolizei) übermittelt, in ganz Wien fuhr an allen Ecken und Enden Bagger und Laster mit Bauschuttmulden auf, und es wurden hastig Bewilligungen der MA 46 für Baustellenzäune und Gerüste eingeholt, die allerdings rasch zu bekommen waren. Zuweilen wurde auch auf die Bewilligung

verzichtet, um Zeit zu gewinnen. Es gab einen solchen Sturm an Aufträgen für die großen und kleineren Abbruchfirmen, dass zeitweise sogar Bagger und Planiererraupen Mangelware wurden. In einigen Fällen wurde die Straße kaum abgesichert, vorbeifahrende Autos waren von herabfallenden Trümmern bedroht, und am notdürftig aufgestellten Bauzaun hing keinerlei Tafel, welche Abbruchfirma mit welchem Ansprechpartner hier tätig sei.

Verblüfft beobachteten Wienerinnen und Wiener, wie Häuser, die erst kürzlich restauriert worden waren, in Topzustand mit neuen Fenstern, plötzlich abgerissen wurden. Die Gier der „Immobilien-Entwickler“, aus dem Flächenwidmungs- und Bebauungsplan maximales Neubausvolumen herauszuholen, war grenzenlos.

Oft wurde beim Abbruch eine bemerkenswerte Eile an den Tag gelegt. Der Anwalt des Eigentümers eines von Abbruchbemühungen betroffenen Hauses erklärte mir in bemerkenswerter Offenheit, dass einfach so rasch wie möglich eine maximale Devastierung erzeugt werden sollte, damit der begonnene Abbruch irreversibel sei und keine Erhaltungswürdigkeit mehr festgestellt werden könnte: „Je devastierter, desto besser!“ Dies erklärt auch, warum an verschiedenen Häusern völlig sinnbefreit mit Eifer der Fassadendekor zertrümmert wurde, beispielsweise beim Haus Mariahilfer Straße 166 (Abb. 23-25) und beim Haus Breitenfurter Straße 10 (Abb. 20). Ebenso wurden Fenster samt Fensterlaibungen und Dächer entfernt oder Schneisen in die Gebäude geschlagen (Ziegler-



Abb. 22: Wien, Meidling – Das schöne Haus Breitenfurter Straße 18 (im 12. Bezirk) war im März 2016 in hervorragendem Zustand, wurde jedoch 2018 trotzdem abgerissen.

gasse 53: Abb. 18-19). Der verdienstvolle Fotograf der Initiative Denkmalschutz, Erich Schimek, kam (unterstützt von uns anderen Mitarbeitern) gar nicht nach mit dem Dokumentieren der vielen Zerstörungen von Wiens Architektur.

Viele betroffene Häuser waren bereits „mieterfrei“ und wurden als unbewohnte Leerstandshäuser von Spekulanten gehortet und dem Verfall preisgegeben. Bei mindestens vier Gebäuden (Mariahilfer Straße 166 und 168, Radetzkystraße 24 und 26) begannen jedoch Abbrucharbeiten, obwohl darin noch Mieter lebten, die fassungslos zusehen mussten, wie ihr eigenes Wohnhaus plötzlich devastiert und demoliert wurde. Bei einem Haus wurde die Fassade zerstört, bei zwei anderen das Dach abgetragen, und wo niemand wohnte, wurden Fenster und Fensterlaibungen herausgerissen. Drei dieser Häuser wurden von Menschen mit unbefristeten Mietverträgen bewohnt, die nun um ihre Zukunft fürchteten. Der ORF berichtete am 2.7.2018 in der Fernsehsendung „Thema“³ über diese nie dagewesenen Zustände.

Der behördliche Abbruchstopp

Jener Teil der Bauordnungsnovelle, der die Bewilligungspflicht für Abbrüche von Häusern betrifft, die vor dem 1.1.1945 errichtet wurden, wurde am Freitag, den 29.6.2018 kundgemacht und trat somit am folgenden Tag, also am Samstag, den 30.6.2018 in Kraft. Anscheinend waren zahlreiche Eigen-

tümer und Abbruchfirmen der Meinung, dass eine Weiterführung der Abbrüche erst zu Monatsbeginn, also am Sonntag, den 1.7.2018 verboten sei. Insofern wurde am Samstag an einigen der rund 80 Häuser noch hektisch weiter abgerissen, was aber illegal gewesen sein dürfte. Im Fall Karolinengasse 13 begann der hastige Abbruchversuch sogar erst am 30.6.2018, einem Samstag, zeitig in der Früh.

Die Gesetzeslage stellte sich nun so dar, dass eine Weiterführung aller laufenden Abbrüche zunächst von der MA 37 am Montag, 2.7.2018 explizit untersagt wurde, damit die MA 19 in jedem Einzelfall prüfen könne, ob das Haus, sofern davon noch viel übrig war, erhaltenswürdig sei oder nicht. Überdies spielte bei dieser Beurteilung eine Rolle, ob noch mehr als die Hälfte des Hauses vorhanden war oder nicht. Diese fachliche Bewertung würde jedoch einige Wochen dauern, und es war davon auszugehen, dass bei einer Einstufung eines noch großteils erhaltenen Hauses als „erhaltenswürdig“ mit gleichzeitigem Auftrag zur Wiederherstellung eine Revision des jeweiligen Hauseigentümers und eine Verhandlung in der nächsten Instanz (Verwaltungsgericht Wien) erfolgen würde. Damit war abzusehen, dass auf ganz Wien verteilt viele Dutzend halb abgerissene Hausruinen wochen- und monatelang stehenblieben und somit auch der Witterung ausgesetzt waren.

Besonders originell war aber der Umstand, dass Österreich seit dem 1.7.2018 den Ratsvorsitz in der EU inne hatte und Wien sich nun voller Hausruinen präsentierte. Bereits in der ersten Hälfte von 2006 hatte die Republik den Ratsvorsitz



Abb. 23-25: Wien, Rudolfsheim-Fünfhaus: Wie beim Haus Breitenfurter Straße 10 haben auch an der Adresse Mariahilfer Straße 166 (im 15. Bezirk) Arbeiter auf einem improvisierten Schiebe-Gerüst mit großer Eifer daran gearbeitet, den Fassadendekor in Formen der Wiener Werkstätte zu zerstören, obwohl dies bei einem geplanten Abbruch eine unnötige Sonderaufgabe wäre. Dass im Haus noch Geschäftsleute und Mieter mit unbefristeten Mietverträgen lebten und arbeiteten, hinderte die Eigentümerfirma nicht, mit dem Abbruch zu beginnen.

inne gehabt, und damit die häufig anreisenden Minister und zeitweise auch Staatsoberhäupter eine möglichst „makellose“ Stadt vorfinden, wurde damals veranlasst, dass möglichst wenig Baugerüste und Kräne das Stadtbild stören.⁴ Die extrem ungeschickte Vorgangsweise im Jahr 2018, mit der viel zu früh angekündigten künftigen Bewilligungspflicht für Abbrüche alter Gebäude, hatte das genaue Gegenteil zur Folge: Die anreisenden europäischen Politiker sahen eine Stadt mit vielen Dutzend halbzerstörten Bauwerken.

Die Tricks der Hauseigentümer

Experten der Magistratsabteilung 19 beurteilten im Folgenden die „Erhaltungswürdigkeit“ der mindestens 80 betroffenen Häuser, beziehungsweise das, was noch davon übrig war. Manche „Developer“ hatten nicht „rasch genug“ reagiert oder der Abriss hatte sich durch Kapazitätsengpässe bei den Abbruchfirmen verzögert, weswegen einige Gebäude noch zu großen Teilen vorhanden waren. Am 6.7.2018 berichtete die Zeitung „Der Standard“⁵, dass von vorerst 29 untersuchten Bauten immerhin 18 als erhaltungswürdig eingeschätzt wurden. Für die restlichen müsste nun ein Ansuchen um Abbruchbewilligung gestellt werden, um den Abriss fortzusetzen. Spätere Berichte sprachen von mindestens 22 Bauten, denen eine Erhaltungswürdigkeit zugestanden wurde.

Fast alle „Immobilien-Entwickler“ und Spekulanten akzeptierten jedoch die behördliche Entscheidung nicht und erhoben Einspruch. Einerseits ging es um die Frage, ob ein bereits rechtsgültig erlaubter begonnener Abbruch wirklich durch eine Novelle gestoppt werden darf. Vor allem aber war hinter vorgehaltener Hand von einem raffinierten Trick zu erfahren: Die Eigentumsverhältnisse mit einem Netzwerk von Projektgesellschaften und wechselnden Firmensitzen waren in etlichen Fällen, mit noch fehlendem Eintrag ins Grundbuch, so komplex gestaltet worden, dass die Behörde angesichts der rund 80 betroffenen Bauten die Anordnung zur Einstellung der Abbrucharbeiten in vielen Fällen an falsche Adressen stellte. Dies wurde von den Anwälten der Immobilien-Haie dann als Nichtigkeitsgrund angeführt.

Ab Ende Oktober 2018 kamen die ersten Erkenntnisse des Verwaltungsgerichts Wien, manche Verfahren dauerten auch bis ins Jahr 2019. Im Folgenden sollen einige Fälle genauer erläutert werden.

Floßgasse 14 (2. Bezirk Leopoldstadt)

In der „Topographie der Shoah“ im Internet wird das dort einst angesiedelte historische jüdische rituelle Reinigungsbad (Mikweh) noch aufgelistet⁶. Das Novemberpogrom 1938, die NS-Zeit und den Bombenkrieg hat das Bauwerk überlebt, nicht jedoch den Ansturm der Immobilienentwickler unserer Zeit. 1907 wurde es vom Architekten Oskar Marmorek errichtet, von dem auch der Rüdigerhof und der Nestroyhof stammt. Auch nach 1945 gab es im Haus noch jahrelang ein Bad, später diente es dem 2013 verstorbenen Antiquitätenhändler Reinhold Hofstätter als Lager. Am 29.6.2018 wurde (ab 11 Uhr Vormittag, also 13 Stunden vor Gültigkeit der neuen



Abb. 26: Das Nachbarhaus Mariahilfer Straße 168 war überdies erst vor wenigen Jahren generalsaniert worden, trotzdem wollten die Eigentümer einen Abbruch durchsetzen. (Fotos vom 28. und 29.6.2018) Nun droht stattdessen eine monumentale Aufstockung.

Bauordnung) in großer Eile eine Schneise ins Bauwerk gebaggert. Danach blieb das schwer beschädigte Gebäude bis April 2019 wie eine Kriegeruine unverändert stehen. Im September 2018 hatte die MA 19 das Haus als erhaltungswürdig eingestuft⁷, doch Anfang 2019 gab das Verwaltungsgericht Wien als zweite Instanz grünes Licht für die komplette Zerstörung.⁸ Im April 2019 erfolgte der Totalabbruch.

Karolinengasse 13 (4. Bezirk Wieden)

Seit 1925 befand sich im Biedermeierhaus das malerische „Gasthaus Sperl“. Staunend erlebten die Stammgäste, wie fast aus heiterem Himmel nach 93 Jahren das beliebte und gut gehende Lokal ab dem 22.6.2018 geschlossen war und am nächsten Tag bereits das Dach des Biedermeierhauses demontiert wurde. Ein Immobilien-Entwickler hatte das Haus dem Wirt abgekauft. Der Wirt und bisherige Eigentümer hatte drei Tage vor der Schließung auf Facebook erklärt, dass Allergene, Registrierkassa, Raucherthematik und die Lohnnebenkosten den Gastbetrieb sehr schwierig machten.⁹ Das Gebäude werde vermutlich saniert, sagte der Wirt der Bezirkszeitung.

Die Bezirksvorsteherin erklärt im selben Artikel, das Haus stehe „unseres Wissens im Eigentum der Familie Sperl“. Anscheinend war der Verkauf noch nicht im Grundbuch eingetragen, denn in Wirklichkeit war das Haus längst um fast sechs Millionen Euro einer Chez-Karoline GmbH verkauft worden. Diese gehört laut öffentlichem Firmenbuch (jeweils zu 100 Prozent) der Vie Zone GmbH, diese der Vie Trust Capital Group GmbH, diese der Vie Trust GmbH, und diese schließlich einer Einzelperson. Zahlreiche Verästelungen des Firmengeflechts verweisen auf andere Wiener Bauprojekte.

Am Samstag, 30.6.2018 (als die neue Bauordnung bereits in Kraft war) begann ein Bagger zeitig in der Früh in raschem



Abb. 27: Um das Schicksal des imposanten Hotelkomplexes „Thüringer Hof“ in der Jörger Straße 4-6 in Wien-Währing (hier auf einem Foto vom 2.7.2018) wurde monatelang vor Gericht gestritten. Im Frühjahr 2019 wurde er schließlich abgerissen.

Tempo Teile des Biedermeierhauses abzureißen. Danach blieb das stark beschädigte Haus, wie so viele andere, monatelang stehen. Die MA 19 stuft das Gebäude als erhaltungswürdig ein, das Eigentümer-Firmengeflecht erhob Einspruch, unter anderem deshalb, weil der Bescheid der MA 37 nicht korrekt ergangen und somit nichtig sei.¹⁰ Das Verwaltungsgericht Wien folgte dieser Sichtweise und stellte der Eigentümerfirma am Freitag, den 11.1.2019 das diesbezügliche Erkenntnis zu. Bereits am Montag, den 14.1.2019 ab 6 Uhr früh begannen Bagger in raschem Tempo mit dem weiteren Abbruch, der wenige Stunden später von der Baupolizei neuerlich gestoppt wurde. Inzwischen war jedoch nur mehr wenig Bausubstanz vorhanden.

Zieglergasse 52 und 53 (7. Bezirk Neubau)

Immer mehr Biedermeierhäuser verschwinden sowohl innerhalb, als auch außerhalb vom Gürtel. Im Bereich der Zieglergasse klappt eine große Lücke in den umgebenden Schutz-zonen¹¹, die 2018 zum Verlust zweier Vorstadthäuser führte. Das Haus Zieglergasse 52 war verkauft worden, Ende 2017 musste das Restaurant St. Ellas schließen, weil der neue Eigentümer einen Abriss plante. Das 1848 erbaute zweigeschö-ßige Haus Zieglergasse 53 wiederum, das die Bezeichnung „Zum Weißen Schwan“ trug, hatte zuletzt eine Durchfahrt

und bis 2016 eine kleine Tankstelle im Innenhof gehabt. In beiden Fällen hätte die Stadt Wien längst eine Schutzzone einrichten können. Stattdessen werden auch hier, wie an vielen anderen Stellen in Wien, gesichtslose Neubauten entstehen.

Breitenfurter Straße 6 bis 18 (12. Bezirk Meidling)

Der Beginn der Breitenfurter Straße erinnerte bis 2018 noch ein wenig daran, dass man hier einst die Vororte jenseits vom Linienwall erreicht hatte. Während der imposante „Breitenfurter Hof“ auf Nummer 4 glücklicherweise die Abbruchwelle überlebt hat, ist die anschließende Reihe von eher niedrigen Wohn- und Gewerbebauten in jenem Jahr großflächig beseitigt worden. Bereits 1996 war dieser Bereich von der MA 19 als „mit hoher Wahrscheinlichkeit schutz-zonenwürdig“ eingestuft worden, die Politik hat diese Einschätzung wie so oft ignoriert.¹² Hausnummer 10, ein 1896 erbautes historisches Bauwerk mit Mittel-erker, wurde Ende Juni 2018 nicht nur von der Rückseite her teildemoliert, sondern es wurden die Ornamente der Fassade völlig sinnbefreit gezielt ruiniert (Abb. 20 f.). Hierbei stellt sich die Frage, ob mit dieser Brachialmethode die Erhaltungswürdigkeit irreversibel beeinträchtigt werden sollte. Auch das einstöckige Haus Nr. 18 wäre angesichts der historischen Fassadengestaltung erhaltenswert gewesen.



Abb. 28 u. 29: Nicht nur im Stadtzentrum, auch in den Randgebieten wurden anlässlich der Bauordnungsnovelle noch rasch Fakten geschaffen und Häuser demoliert. Hier ein idyllischer Heuriger in der Paradisgasse 24 in Wien-Döbling. Das sehr gut erhaltene Haus musste wohl aus rein monetären Gründen einem profitablen Neubau weichen.



Abb. 30: Das 1913 errichtete prächtige Haus Donaufelder Straße 193 in Wien-Donaustadt mit spätsecessionistischen Dekorelementen gehört zu den wenigen Bauten, bei denen der hastige Abbruchversuch vom Ende Juni 2018 möglicherweise nicht zum Erfolg führen wird. Derzeit steht das Bauwerk jedenfalls noch. (Foto 4.7.2018) Lediglich ein Teil vom Dach wurde entfernt, danach stoppte die Behörde den Abbruch.

Bereits 2012 und neuerlich 2016 hatte die Initiative Denkmalschutz für dieses Areal (vergeblich) eine Schutzzonenwidmung gefordert.

Mariahilfer Gürtel 33 (15. Bezirk Rudolfshiem-Fünfhaus)

Der Abbruch des Hauses Mariahilfer Gürtel 33, zwischen der Kirche Maria vom Siege und dem Westbahnhof, schlug eine Lücke in eines der ganz wenigen vollständig erhaltenen Gründerzeit-Ensembles entlang des Gürtels. Auch hier hatte die MA 19 im Jahr 1996 eine Schutzzone empfohlen. Die Fassade des Hauses Nr. 33 war mit Figuren und Ornamenten verziert, wirkte jedoch vernachlässigt, da ein Eigentümer offenbar schon seit Jahren einen Abriss und Neubau plante. Eigentlich sollte das seit 1958 in Familienbesitz befindliche Haus nur aufgestockt werden. Doch irgendwann vor 2013 beschloss der Eigentümer, ein Industrieklebstoff-Unternehmer, mittels Crowdfunding eine „Urban City Lodge“ zu errichten, ein fünf- oder sechsgeschoßiges Themenhotel aus Holz¹³ mit einer Art Algenfassade. Die Algen sollten außen am Gebäude in Paneelen mit Nährlösung schwimmen, sie sollten nachts leuchten und verheizbare Biomasse und Sauerstoff erzeugen. Letzterer werde, liest man, in ein Fitnessstudio eingblasen.¹⁴ Am Dach werde man überdies Bienen züchten.¹⁵ Ob sich die Bienen am Gürtel wohlfühlen und ob sich die Algenfassade in das Gründerzeit-Ensemble angenehm einfügt, wird sich zeigen.

Mariahilfer Straße 166 und 168 (15. Bezirk Rudolfshiem-Fünfhaus)

Bei diesen beiden Häusern handelt es sich um ein etwa 1840 errichtetes Spätbiedermeier-Ensemble. Beim Haus Nr. 166 wurde um 1910 die Fassade in Formen der Wiener Werkstätte neu dekoriert. Auch hier wurde bei der letzten Flächenwidmung im Jahr 1999 verabsäumt, eine Schutzzone einzurichten.¹⁶ 2015 wurden beide Häuser von der Firma AVORIS burgundy GmbH gekauft. Geplant war, beide Häuser abzureißen und einen siebenstöckigen Neubau mit Staffelgeschoßen zu errichten, wie in der diese Häuser betreffenden Petition¹⁷ berichtet wird. Dies ist umso erstaunlicher, als das Haus Nr. 168 erst vor wenigen Jahren generalsaniert wurde.

Den Mietern wurden Ersatzwohnungen angeboten, viele wollten jedoch lieber bleiben, und als im Juni 2018 die Bauordnungs-Novelle „drohte“, befanden sich noch immer zahlreiche Geschäftsleute und Mieter mit unbefristeten Mietverträgen in den beiden Häusern. In den letzten Juni-Tagen geschah etwas Eigentümliches: Auf einem verschiebbaren Mini-Gerüst stehend, zertrümmerten Arbeiter hastig die Wiener-Werkstätte-Fassadendekorationen des Hauses Nr. 166. Weiters wurden in jenen Wohnungen, wo niemand mehr wohnte, Fenster und Rahmen herausgerissen. Die Mieter und Geschäftsleute waren entsprechend beunruhigt, ein ORF-Team filmte, und am 2. Juli stoppte die Baupolizei dann alle Abbruchmaßnahmen.

Da die Häuser als erhaltungswürdig eingestuft wurden, schwenkte die Eigentümerfirma AVORIS parallel zur Beein-

spruchung des Abbruchverbots auf eine massive Aufstockung mit bis zu drei Geschoßen um. Auf ihrer Webseite¹⁸ schwärmt die Immobilienfirma, dass ein „spielerisch leicht wirkender, 2- bis 3-geschossiger Dachausbau“ geplant sei. „Fast durchgehendes raumhohes Fensterglas harmonisiert Schicht um Schicht“ mit Bändern aus Aluminium. Ein „wohlriechendes Lavendeldach“ und „Smart-Home-Ausstattung“ sollen „das Leben angenehm machen“. Die Gebäudehöhe verdoppelt sich also beinahe, und inwiefern Aluminium und Glas in heißen Sommern eine „angenehme“ Raumtemperatur erzeugen, wird nicht gesagt. Das Projekt ist auf der genannten Webseite abgebildet. Trotzdem gab es parallel dazu noch im Juli 2018 eine Bauverhandlung für einen kompletten Neubau auf dem Areal.

Im März 2019 teilte die Eigentümerfirma dem Petitionsausschuss im Rathaus mit, dass man eine Baugenehmigung für die Sanierung und Aufstockung eingereicht habe, diese wegen des Einspruchs eines Anrainers jedoch noch nicht erteilt worden sei. Parallel dazu liegt die Beschwerde der Eigentümerfirma gegen den untersagten Abbruch nach zwei Instanzen beim Verwaltungsgerichtshof (Stand März 2019). Der Bezirksvorsteher teilte überdies der MA 37 mit, dass man im Bezirk die „Wiederherstellung der Fassade, die mutwillig zerstört wurde“ verlange.

*Dr. Gerhard Hertenberger
freier Autor*

P.S. Der Sonderfall der Häuser Radetzkystraße 24-26, wo den Mietern buchstäblich das Dach über den Wohnungen weggerissen wurde, wird im kommenden Heft ausführlich thematisiert werden, da diese unglaublichen Ereignisse nach einem eigenen Artikel verlangen.

Anmerkungen:

- ¹ Siehe z.B. „Schikanen im Zinshaus: Die bösen Tricks der Hausherrn“, Der Standard 28.7.2018.
- ² „Wien zieht Schutz alter Häuser vor“, Der Standard 6.6.2018.
- ³ „Abrisswelle in Wien - Mieter unter Druck“, ORF-Sendung „Thema“ am 2.7.2018.
- ⁴ „Wien als Kulisse für die Europapolitik“, wien.orf.at 20.12.2005. „Der österreichische EU-Ratsvorsitz ab Jänner 2006 wirft seine Schatten voraus. Wien wird zur Kulisse für die internationale Politik. Dafür wird die Stadt geputzt, dekoriert und fast baustellenfrei.“
- ⁵ „Abbrüche: 18 Gebäude als erhaltungswürdig eingestuft“. Der Standard, 6.7.2018.
- ⁶ <http://www.topographie-der-shoah.at/zufluchtsorte.html>
- ⁷ „Leopoldstadt: Abriss endgültig eingestellt“. meinbezirk.at, 24.9.2018.
- ⁸ „Ehemalige jüdische Badeanstalt in Wien wird abgerissen“. Der Standard, 20.3.2019. <https://www.wienschauen.at/?p=4278>
- ⁹ „Wiedener Gasthaus Sperl nach 93 Jahren geschlossen“. Meinbezirk.at, 22.6.2018.

¹⁰ „Gasthaus Sperl: Abriss gestoppt, Stadt kündigt Strafanzeige gegen Eigentümer an“. Der Standard, 14.1.2019.

¹¹ <https://www.wienschauen.at/?p=1481>

¹² Vgl. Stellungnahme der Initiative Denkmalschutz zum Planentwurf 8099, 25.2.2016.

¹³ „Der erste Wiener Holzelier?“ holzbau-austria, 18.6.2013.

¹⁴ „Crowdfunding & Anleihe für Vollholz-Algen-Hotel“. NÖN 14.4.2013.

¹⁵ „Hotel mit Algenfassade mitten in Wien geplant“. HEUTE, 30.4.2013.

¹⁶ <https://www.wienschauen.at/?p=1620>

¹⁷ Petition „Für die Erhaltung der vom Abriss bedrohten Biedermeierhäuser Mariahilfer Straße 166-168 im 15. Bezirk“

¹⁸ <https://www.avoris.at/details/wiener-stadt-oase/>



Abb. 31 (oben): Der „Thüringer Hof“ in der Jörger Straße 4-6 in Wien-Währing ist inzwischen dem Erdboden gleich gemacht (vgl. Seite 16, Abb. 27, Zustand vor dem Abriss); Abb. 32 u. 33 (unten): Ein malerisches Haus an der Adresse Breitenfurter Straße 351-353 in Wien-Liesing mit der Aufschrift „1890“ und schönem Schnitzwerkfjel ebenfalls der Abrisswelle zum Opfer.

Girardis Geburtshaus: Abend-Dämmerung für den Denkmalschutz in Graz?

— Peter Laukhardt —

Schützt die heutige Gesetzeslage die Eigentümer stärker als die Denkmäler, die sie eigentlich schützen sollte?

gefährdet

Das Girardihaus in der Leonhardstraße 28, der uralten Verkehrsverbindung von Graz in Richtung Ungarn, ist auch als „Girardikeller“ bekannt. Hier haben nicht nur viele Studenten – oft mit ihren Professoren – schöne Abende ihrer Studienjahre verbracht, auch die legendären Auftritte der Wirtin und Chansonette Lore Krainer haben dem Haus seinen Stempel aufgedrückt. Vor mehr als zehn Jahren ist die Gastronomie ausgezogen.

Das Haus steht seit 1987 unter Denkmalschutz und befindet sich in der Grazer Altstadt-Schutzzone III (Gründerzeit-Viertel). Die maximale Bebauungsdichte in der Zone, die als Kern-

gebiet bzw. ‚Wohnen Allgemein‘ deklariert ist, beträgt 2,5 (!), das neu beschlossene Räumliche Leitbild sieht Blockrandbebauung vor. Welche Absichten der neue Eigentümer wirklich hat, ist nicht bekannt.

Denkmalamt, Altstadtkommission, Baubehörde, Stadtpolitik und Eigentümer liefern sicher seit Jahren hinter verschlossenen Türen ein (Schein?)Gefecht um das Schicksal des ältesten Hauses im Grazer Osten. Aktivbürger versuchen verzweifelt, das anscheinend nun dem Verfall preisgegebene Vorstadthaus vor dem endgültigen Abbruch zu retten – sie scheinen ebenso machtlos wie die Politik.



Abb. 34: Als Geburts- und Wohnhaus des großen Schauspielers Alexander Girardi (1850-1918) ist das Haus Leonhardstraße 28 in Graz erhaltenswert.



Abb. 35: Historische Ansicht der Häuser Leonhardstraße 30 (links von der Durchfahrt) und 28 (rechts von der Durchfahrt) um 1870

Dass der 1850 hier geborene Alexander Girardi – schon zu Lebzeiten eine Legende – der wohl bedeutendste Bühnendarsteller in der österreichischen Geschichte war, genügt anscheinend nicht, um seinem Geburtshaus auch die notwendige Ehre zu erweisen und es als Gedächtnisort zu erhalten.

Denkmalschutz-Bescheid vom 23. Juli 1987 zu Graz, Leonhardstraße 28: „Als Geburts- und Wohnhaus des berühmten Schauspielers Alexander Girardi kommt dem Gebäude als einer Gedenkstätte besondere geschichtliche und kulturelle Bedeutung zu, die im Verein mit dem städtebaulichen Stellenwert als Rest der alten Vorstadtverbauung des 18. und 19. Jahrhundert ein öffentliches Interesse an der Erhaltung rechtfertigt.“

Der überdimensionierte Nachbarbau des Hauses Nr. 30 sollte ohne Rücksicht auf die übrige Bebauung auf engstem Eckgrund einen künftigen gründerzeitlichen Häuserblock markieren. Um ein Stockwerk zu hoch und zusätzlich mit einem in diese Gegend nicht passenden überhohen Sockelgeschoß versehen, sprengte der Bau die Dimension aller anderen Objekte an dieser Ecke. Das Nachbarhaus Nr. 28, in dem Girardi geboren wurde, sollte mit einbezogen werden, wie die hässliche Feuermauer beweist. Das gelang aber nicht, vermutlich weil auch Girardi dagegen auftrat; der Bauherr war der Mann seiner Ziehschwester. Hier, wie die ASVK es tat, zu argumentieren, das Viertel sei „durch gründerzeitliche Bauten geprägt“ (und das Girardihaus somit ein Fremdkörper), war wohl eine unglaubliche Fehleinschätzung.

Nach Girardis Tod 1918 richtete der Hausbesitzer Wilhelm Orowan in einem Raum ein Girardi-Museum ein, von dem leider nichts Näheres bekannt ist. Am 21. April 1928 wurde anlässlich von Girardis 10. Todestag eine Erinnerungstafel angebracht. 1950 folgte eine Tafel zu Girardis 100. Geburtstag.

Nach seiner langen „Karriere“ als gutbürgerliches Gasthaus mit einem besonderen Ambiente, ging es mit dem Haus rapid bergab: 2003 wurde es von DI Otto Roiss um 100.000 Euro plus Leibrente gekauft. Der Öffentlichkeit nicht bekannt gegebene Ausbauprojekte scheiterten. Allerdings dürften dabei

auch unzulässige Überbauungen oder Aufstockungen zur Diskussion gestanden haben. Denkmalamt und Altstadtkommission konnten sich offenbar nicht auf eine gemeinsame Vorgehensweise einigen. Welche Rolle die Stadt Graz dabei spielte, ist nicht eindeutig zu beantworten.

2006 wurde auch der Girardikeller geschlossen, und die Gastronomie-Geschichte war zu Ende. Seit 2008 wird um das Girardihaus gerungen, es gab auch eine kurzzeitige Hausbesetzung. 2010 warnte die Bezirksvorsteherin von St. Leonhard, Edeltraud Zöhrer, vor dem drohenden Untergang des Hauses. Bei einem "Runden Tisch" im Oktober appellierte die Bürgerinitiative SOKO Altstadt an ASVK und Stadt Graz. Unzählige Pressemeldungen begleiteten seither den Kampf, aber es passierte – nichts.

2012 brachten erzürnte Bürger Transparente am Haus an, das Gebäude wurde von unterstandlosen Personen benutzt und war in devastiertem Zustand. Anzeige bei der Baubehörde und Amtsaufsichtsbeschwerde von SOKO Altstadt bewirkten letztlich den Verschluss der vorher offen gestandenen Gebäudezugänge. Otto Roiss betonte damals: „Ich will das Objekt nicht abreißen, sondern sanieren und denkmalschutzkonform ausbauen.“ (aus: Kleine Zeitung, 15.6.2012)

Aber seit zwei bis drei Jahren gebe es zwischen Denkmalamt und Altstadtschutz eine Blockade im Verfahren. Ein Gipfel bei Bürgermeister Nagl mit den relevanten Institutionen sollte das Verfahren beschleunigen. Auch die Chefin der Baubehörde, Verena Ennemoser, beruhigte: „Der Eigentümer hat bisher alle unsere Auflagen, wie das Abklopfen des Putzes und die Sicherung des Hauses erfüllt. Und wir kontrollieren das Objekt wöchentlich.“

Nagl behauptete: „Ich glaube unseren Experten mehr als so manchem aufgebracht Bürger“, und ergänzte im Seitenkommentar: „Die Aufregung ist politischer Natur. Der Eigentümer will das Haus sanieren.“ An anderer Stelle sagte er aber: „Das Girardihaus muss erhalten bleiben!“

Doch der Altstadtschutz meinte, das Haus passe nicht hierher.

Nach einem neuerlichem Aufruf von SOKO Altstadt gab es 2015 einen „Runden Tisch“ der Stadt Graz mit allen Behördenvertretern und dem Eigentümer, aber kurz darauf stimmte die ASVK dessen Abbruchantrag zu! Begründung für diese skandalöse Entscheidung (aus der Tagespresse entnommen, Gutachten der ASVK sind ja öffentlich nicht einsehbar): „Wir müssen laut Gesetz auf den Gebietscharakter in der Schutzzone schauen“ Und : „Das Gebiet ist von der Gründerzeitarchitektur geprägt. Die müssen wir schützen.“ Deshalb sei das zweigeschoßige Girardihaus „nicht schutzwürdig“. Eingeweihte wollen wissen, dass dieser Beschluss nur mit einer Stimme die Mehrheit erreichte (Anm.: die damaligen Vorsitzenden sind heute nicht mehr im Amt).

Rettet das Girardi-Haus!

Entertainer, Kunsthistoriker, Wirtschaftstreibende, Anrainer, Altstadtschützer wollen seitdem das Girardihaus retten: Nach einer Sperre des Gehsteigs befürchteten 2016 die Anrainer, der Abriss stünde unmittelbar bevor, und Manfred Grössler stellte seine Ideen zur Revitalisierung vor. Die Kunsthistorikerin Astrid Wentner veröffentlichte im Historischen Jahrbuch der Stadt Graz eine grundlegende historische Arbeit und kam zu dem Schluss: „Das Girardihausensemble bietet eines der letzten Beispiele in der Leonhardstraße, wo älteste und neuere Bausubstanz unmittelbar nebeneinander erhalten geblieben sind und somit eine Art baugeschichtliches Fenster in die Vergangenheit darstellen. ... Seine authentische Erhaltung wäre ein würdiges Zeichen der Stadt Graz zum hundertsten Todestag von Alexander Girardi am 20. April 2018.“

2018 begann Manfred Grössler mit seinen Montags-Auftritten, die Initiative „Rettet das Girardihaus“ (IGH) wurde aktiv und gewann Anrainer, Wissenschaftler, Wirtschaftstreibende und Altstadtschützer für ihre Absichten.

Bürgermeister Nagl wollte das Girardihaus zum Abriss freigeben, dafür aber den Theatersaal am Kaiser-Franz-Josef-Kai, in dem Girardi als Geselle auftrat, unter Schutz stellen lassen (was schließlich 2019 realisiert wurde). Jetzt hat die Stadt Graz aber unfreiwillig zwei denkmalgeschützte Objekte zu „betreuen“!

Forschungssensation: Haus stammt aus der Renaissance

Im Rahmen der Initiative ergaben intensive Recherchen durch Peter Laukhardt eine durchgehende Baugeschichte des Girardihauses seit der Renaissance. Aufgefundene Dokumente belegten, was zuvor schon vermutet worden war: Das Girardihaus stammt aus 1570 und ist damit das älteste profane Bauwerk im Osten von Graz. Tonnengewölbe mit scharfgratigen Stichkappen aus dem 16./17. Jh. untermauern das, weitere bauliche Merkmale sind Holzbalkendecken aus dem 17. Jh., usw.

Die Belege dazu fanden sich im Steiermärkischen Landesarchiv: Am 13. Oktober 1569 befahl Erzherzog Karl II. seinen Kammerräten, seinem „Urbarmann Caspern Khalspachern einen Grund für einen Hausbau zu verlichen“, wofür er in das Hubamt jährlich 20 Pfennig Zins zu zahlen habe. Die näheren Angaben im Kaufbrief-Konzept vom 14. Dezember 1569 belegen, dass es sich um das heutige Girardihaus handelt.

November: „Girardi lebt“ – Veranstaltung der Initiative

Da die Stadt Graz Girardis hundertsten Todestag nicht zu würdigen wusste, gestaltete die IGH am 14. November 2018 im Festsaal der Akademischen Sängerschaft Gothia bei vollem Haus eine Hommage an Girardi. Manfred Grössler und Peter Laukhardt spielten und erzählten wichtige Abschnitte aus der Lebens- und Hausgeschichte, gewürzt mit Musik und Gesang aus Girardis Karriere. Schallplattenaufnahmen und – unerwartet – Fotos aus dem Fundus einer Verwandten des Künstlers erstaunten das Publikum.

Was ist alles zu tun?

Bundesdenkmalamt (BDA) und Stadt Graz sind auf die Verpflichtung hinzuweisen, die ihnen das Denkmalschutzgesetz (DMSG) auferlegt. Wir fordern daher:

- 1) eine sofortige bauhistorische Untersuchung des Erhaltungszustandes,
- 2) die Umgehende Sanierung des Bauwerks und eine Rückführung in den Bau-Zustand von 1987

Bezirks- und Stadtpolitiker versprechen Unterstützung, weisen aber auch auf die schwierige Rechtslage.

Die aktuelle Erscheinung des Gebäudes 2019 zeigen u.a.: offene und zerbrochene Fenster, abbröckelnde Putze, Bewuchs, undichte Regenrinnen, beklebte Fassade.

Was sagt das Bundesdenkmalamt zum Verfall?

Mehrmals hat in den letzten Jahren die IGH das BDA auf den zunehmenden Verfall hingewiesen und das mit Fotos belegt (siehe oben). Die letzte Antwort des BDA kam am 26. Juli 2019: Man verweise auf Sanierungsversuche, die durch verschiedene Umstände gescheitert wären, und nicht dem Amt und auch nicht dem Eigentümer anzulasten seien. Dieser habe Maßnahmen zur Sicherung des Hauses an sich erfüllt: das Dach wäre dicht, die Zugänglichkeit für Unberechtigte unterbunden, die Statik gewährt. Das Objekt zeige zwar Schadensbereiche, der Zustand sei in sich aber weitgehend stabil, sodass nicht von einer Zerstörung auszugehen sei. Die Sanierung der von der IGH angesprochenen Schäden würde allerdings höhere Finanzmitteln erfordern, als sie nach den Bestimmungen des DMSG je gewährt werden könnten. Zuletzt wird darauf verwiesen, dass das BDA auf eine konstruktive Zusammenarbeit setze und daher die Gesprächsbasis nicht gefährden wolle. Der Präsident des BDA bitte um Verständnis dafür, dass eine längere Zeitspanne benötigt werde. Es gehe am Ende ja darum, das Girardihaus langfristig zu erhalten und vielleicht sogar kulturell als Erinnerungsort für Alexander Girardi zu nutzen.

Fazit: Es scheint nicht möglich, von einem „betuchten“ Eigentümer die Erhaltung eines Hauses zu verlangen, das er nachweislich als denkmalgeschütztes Objekt erworben hat. Denn mehr als den Austausch von einzelnen Dachziegeln oder zerbrochenen Fensterscheiben scheinen derzeit unzumutbar. Die Frage lautet: Wozu dient eigentlich der Denkmalschutz?

Dipl. Dolm. Peter Laukhardt
Sprecher von SOKO Altstadt
eh. Sachverständiger in der Grazer
Altstadt-Sachverständigen-Kommission



Abb. 36 (o.li.): Die Hoffront mit Laubengang; Abb. 37 (o.re): Ehrt man so eine Legende? Devastierte Hausfassade mit beginnendem Bewuchs;
Abb. 38 (M.li.): Nach Girardis Tod 1918 richtet der Hausbesitzer Wilhelm Orowan in einem Raum (markiert mit x) ein Girardi-Museum ein;
Abb. 39 (M.re): Am 21. April 1928 wird zu Girardis 10. Todestag eine Erinnerungstafel angebracht, 1950 folgt eine Tafel zu Girardis 100. Geburtstag;
Abb. 40 (u.li.): Girardi füllt auch 2018 noch das Haus: Peter Laukhardt bei seinem Vortrag; Abb. 41 (u.re): Manfred Grössler als Alexander Girardi.

Welterbe Wien als Chefsache

— Wilfried Lipp —

Ein Erfolg der Bürger

gefährdet

Der am 16. März 2019 anlässlich einer Pressekonferenz publik gemachte ICOMOS International Report über das Welterbe Wien im Kontext aktueller städtebaulicher Entwicklungen und die Projekte Heumarkt-Hochhaus (Abb. 42), Winterthur-Gebäude neben der Karlskirche (Abb. 43) und Schwarzenberggarten im Besonderen hat im medialen Wettbewerb um Aufmerksamkeit ein vielstimmiges Echo zur politischen Verantwortung der Causa hervorgerufen. Unmissverständlich ist in dem Bericht von der Zerstörung des Stadtbildes die Rede, das durch das Heumarkt-Projekt seine kulturelle Authentizität verlieren würde.

- „Die Presse“ (17.3.2019) zitiert das dadurch erweckte Engagement des Kulturministers Gernot Blümel, der zur Wahrung des Wiener Welterbes, wenn nötig, Weisungen erteilen will.
- Der „Falter“ (20.3.2019) konstatiert, dass sich das Heumarkt-Projekt jedenfalls „zum toxischen Politikum“ entwickelt hat und assoziiert dazu wortspielerisch Heuxit und Brexit.
- Eine Gratiszeitung (Österreich 19.3.2019) titelte kurz und kernig: „Wiener Turmbau wird zur Chefsache“

Chefsache also. Jetzt, jetzt auf einmal, sofort. Was war denn vorher? Wer war denn bisher zuständig? Zur Beantwortung dazu sind einige Eckdaten in Erinnerung zu rufen:

Die UNESCO Welterbekonvention (World Heritage Convention) wurde 1972 verabschiedet. Vorausgegangener Anlass war der durch den Bau des Nil-Kraftwerks bedrohte Untergang von Abu Simbel. Fachlicher Berater (Advisory Body) der UNESCO in Belangen des Kulturerbes wurde ICOMOS (International Council on Monuments and Sites) als Expertenrat, der schon für die Charta von Venedig von 1963 verantwortlich zeichnete.

Die Republik Österreich hat die UNESCO Welterbekonvention erst am 18.12.1992 – also 20 Jahre verspätet – unter Bundespräsident Thomas Klestil und dem Kabinett Vranitzky III unterzeichnet. Das Abkommen zwischen der UNESCO und der Republik Österreich ist ein internationaler Vertrag im Rahmen völkerrechtlicher Verträge und damit im Range eines Staatsvertrages im Sinne der Bundesverfassung. Entsprechend einem Vorschlag der Bundesregierung ist für den Abschluss von Staatsverträgen des Bundes der Bundespräsident zuständig. Die „Ratifizierung“ eines Staatsvertrages ist die Erklärung

des Staatsoberhauptes, dass alle innerstaatlichen Voraussetzungen für das völkerrechtliche in Krafttreten eines Staatsvertrages erfüllt sind. In weiterer Folge zählte es laut Verfassung zu den Aufgaben des Bundespräsidenten auf die Einhaltung der völkerrechtlichen Verträge zu achten.

Der Staatsvertrag zwischen der UNESCO und der Republik Österreich, also die Ratifizierung der UNESCO-Welterbekonvention durch Österreich im Dezember 1992 war also – oder besser gesagt wäre – von Anfang an Chefsache gewesen. Nach der freudigen völkerrechtlichen Weltkulturerbe-Teilhabe kamen allerdings einige schwerwiegende Mängel zu Tage, die bei den Verantwortlichen in den Chefetagen wenig Begeisterung auslösten, sodass die „Problemseite“ des Welterbes alsbald in administrative Etagen weit unterhalb der politischen Skybox von Bundespräsident und Parlament ausgelagert wurde.

In gewisser Weise – paradox genug – war es ein Glücksfall, dass die Republik Österreich den Welterbe-Staatsvertrag mit der UNESCO vor der Ratifizierung nicht genauer studierte. Ein Glücksfall deswegen, weil eine Nicht-Unterzeichnung aufgrund eines negativen Bewusstseins der zu erfüllenden Pflichten ohne Zweifel die gravierenden Folgen eines kulturellen „Anything Goes Turn“ noch beschleunigt hätte.

Die UNESCO Welterbekonvention ist ein auf der freiwilligen Verpflichtung der Unterzeichner-Staaten beruhendes Selbstevaluierungsinstrument. Das heißt, die Signatarstaaten verpflichten sich alles in ihren Wirkkräften Mögliche zu tun, um das auf die Welterbeliste gesetzte Gut zu schützen und weiter zu tradieren. Das ist eine Voraussetzung, deren Zutreffen – wie dargelegt – der Bundespräsident durch seine Vertragssignatur bestätigt hat. Schon das ist ein gravierendes Missverständnis gewesen. Österreich hat de facto keinen ausreichenden Schutz des vielschichtigen Denkmalbestandes, keinen wirksamen Schutz historischer Ensembles und Kulturlandschaften, keinen räumlichen Gebiets- und Umgebungsschutz – also keinen Schutz von übergeordneten Ganzheiten, zu denen auch Kategorien wie Stadtdenkmal und Skyline zählen.

In den jeweiligen Evaluierungsverfahren für die österreichischen Welterbestätten wurde den entsandten Experten von ICOMOS und UNESCO etwas vorgetäuscht, das den Intentionen der Welterbekonvention als Instrument des Bewahrens und bewahrenden Entwickelns nicht wirklich entsprach. Im föderalen Dschungel der Zuständigkeiten musste naturge-



Abb. 42 (oben): Seit 2012/13 hat UNESCO/ICOMOS mehrfach kommuniziert: Keine Höherwidmung als Bestand (ca. 40 m). Trotzdem hat die Stadt Wien 2017 eine Widmung von 66 m Höhe beschlossen. In Folge wurde noch im gleichen Jahr von der UNESCO das Weltkulturerbe „Historisches Zentrum von Wien“ auf die „Rote Liste“ der gefährdeten Welterbestätten gesetzt und wurde in Baku im Juli 2019 ausdrücklich bestätigt.¹ (vgl. „Denkma[i]l Sonderheft Nr. 2, Mai 2019: „Das Welterbe Wien – Die rechtliche und verfassungsrechtliche Situation“).

Abb. 43 (unten): Geplanter Winterthur-Dachausbau neben der Wiener Karlskirche. In der Kernzone des Welterbes „Historisches Zentrum von Wien“ ist direkt neben der Karlskirche ein mehrgeschoßiger Dachaufbau geplant. Dass jetzt – nach Umwidmung im Juli 2018 – das Bauvorhaben seitens der UNESCO toleriert wird und nur einzelne Detailfragen abzuklären und vorzulegen sind, ist für weite Teile der kulturinteressierten Öffentlichkeit schwer nachvollziehbar.



Abb. 44 (oben): **Burg Hochosterwitz** in Kärnten. Weithin sichtbar thront die Burg auf einem Felskegel. Sie ist nicht nur ein Wahrzeichen Kärntens, sondern mit seiner außerordentlich großen Zahl von 14 Toren eine der imposantesten Burgen Österreichs. Die Burg steht seit Anfang an auf der österreichischen Vorschlagsliste für das Welterbe („Tentative List“). Ein Antrag auf die tatsächliche Aufnahme in die Welterbeliste hätte allenfalls vor zwei Jahrzehnten Aussicht auf Erfolg gehabt. Heute wäre ein derartiges Vorhaben, im Hinblick besonders auf die für Europa geltende restriktive "Fill the gap Policy" ziemlich aussichtslos.

Abb. 45 (unten): Kastner & Öhler Dachausbau im **Weltkulturerbe Graz** (Steiermark), „fertiggestellt“ 2010: Die grundsätzlich fragwürdige Entscheidung der UNESCO eine massive Flächenerweiterung samt unangemessener Höhenentwicklung in der gegebenen Form nach den Plänen des spanischen Architekturbüros Nieto Sobejano Arquitectos zu tolerieren war an die Bedingung gebunden, das Blechdach bronzefarben zu verkleiden, um sich in die Ziegel gedeckte Dachlandschaft besser einzufügen. Diese Bedingung wurde bis heute nicht erfüllt.

mäß jeder Evaluierungskompass versagen: Rechtsmaterien, Absichtserklärungen und Auslegungsakrobatik amalgamierten zu Plomben des Einverständnisses. Nachbehandlungen wurden vertraglich versichert. Nachbehandlungen sind politisch per se unattraktiv. Die ursprüngliche Chefsache versickerte in den Untiefen des Aufschiebbaren.

Kein Zweifel: Die Welterbekonvention ist mit der Ratifizierung durch ein Bundesgesetz zwar innerstaatliches Recht geworden und damit in vollem Umfange rechtswirksam¹, aber die zusätzliche Möglichkeit den UNESCO-Welterbe-Staatsvertrag innerstaatlich durch nationale Rechtssetzungsakte, durch sogenannte „spezielle Transformation“ noch klarer abzusichern (oder zumindest Durchführungsregelungen zu schaffen) unterblieb bislang. „Ein Schelm, der Böses dabei denkt ...“. Lediglich in der Umweltverträglichkeitsprüfung wird auf das Welterbe Bezug genommen, in den Landesgesetzen bildet das Landesverfassungsgesetz § 3a Salzburger Stadtrecht (Schutz des Weltkulturerbes der Stadt) die Ausnahme von der Regel. Keine „spezielle Transformation“ erfolgte bisher jedenfalls im Rahmen der so wichtigen Materien Baurecht, Raumordnung, Flächenwidmung und Naturschutz. Und nicht zu vergessen: auch im Denkmalschutzgesetz ist das Welterbe noch nicht angekommen, obwohl Novellierungen immer wieder in Regierungsprogrammen in Aussicht genommen wurden: Beispiele der „Aufschiebbarkeit des Unbefristeten“.

Die Mentalität des „Aufschiebens“ hängt – paradoxerweise – mit dessen Gegenteil, nämlich des „Schnell-Erledigen-Wollens“ zusammen. Verspätung, Verzögerung und Beschleunigung sind Faktoren auf derselben Skala. Auf unser Beispiel übertragen heißt das: 1992 – 20 Jahre nach der UNESCO-Welterbekonvention – springt Österreich auf den bereits mächtig in Fahrt gekommenen World Heritage Train auf. Es dauert weitere 4 Jahre bis die ersten österreichischen Welterbestätten 1996 (Schloss und Park von Schönbrunn und historisches Zentrum der Stadt Salzburg) in die prominente Liste aufgenommen werden. Davor gab es Erinnerungen und Mahnungen von ICOMOS International und UNESCO das Prozedere der Nominierungsvorgänge zu beschleunigen. Eilig wurde eine typisch österreichische Lösung für eine Vorschlagsliste zur Nominierung gefunden. Unter der Ägide des Bundesdenkmalamtes sollten die neun Bundesländer jene Objekte vorschlagen, von denen sie meinten, dass sie exemplarisch einen Beitrag zum kulturellen Erbe der Menschheit repräsentieren. Auszuwählen war – entsprechend der UNESCO-ICOMOS-Perspektive der 1990er Jahre – unter den Kategorien Einzeldenkmal, Ensemble und Kulturlandschaft.

Nun rächte sich die Verspätung der Welterbeinitiativen insofern, als bestimmte Kategorien des kulturellen Erbes – vor allem im vergleichbaren europäischen Kontext – schon überbesetzt waren. Die auf der österreichischen Vorschlagsliste als herausragende Einzeldenkmale aufgenommenen Objekte wie die Burg Hochosterwitz (Abb. 44), der Dom zu Gurk, die Stifte Kremsmünster und Heiligenkreuz hatten ebenso wenig Chancen wie die mittelalterlichen Stadtensembles von Steyr oder Hall in Tirol. Innsbruck scheiterte am eigenen (Un)willen, bei den Kulturlandschaften blieb der Bregenzerwald auf der Strecke. Spektakuläre, plurivalent besetzte kulturelle Bereiche wie die Eisenstraße mit dem Erzberg (Abb. 46) wurden gar

nicht erst weiter für eine Nominierung betrieben. Auf der anderen Seite erbrachten die Begehrlichkeiten und Vorschläge der Bundesländer eine Kuriositäten-Liste politischer, gesellschaftlicher und mentaler Befindlichkeiten.

Immerhin: Österreich hat bisher zehn Eintragungen (unter über 1000 weltweit) in die UNESCO Liste des Welterbes geschafft:

- Historisches Zentrum Salzburg und Schloss und Park von Schönbrunn (1996)
- Kulturlandschaft Hallstatt-Dachstein-Salzkammergut (1997)
- Semmeringbahn (1998)
- Stadt Graz Historisches Zentrum und Schloss Eggenberg (1999, 2010)
- Kulturlandschaft Wachau (2000)
- Kulturlandschaft Fertö Neusiedlersee (2001)
- Historisches Zentrum von Wien (2001)
- Prähistorische Pfahlbauten österreichischer Anteil (2011)
- und als einziges Naturerbe der österreichische Anteil an den Alten Buchenwäldern Europas (2017).

Die Aufnahme der Großglockner Hochalpenstraße und des österreichischen Anteils am römischen Limes (Abb. 47) stehen unmittelbar bevor.

Dieses mittlerweile doch recht beträchtliche österreichische Welterbe-Paket – geschnürt mit Umgarnungen des Versprechens und In-Aussicht-Stellens – verursachte nun einen zunehmenden Stau aus zwei Richtungen. Einerseits aus der Richtung nicht eingelöster Verpflichtungen, andererseits auch aus der Richtung enttäuschter Erwartungen, die sich aus ökonomischer Sicht auf das Welterbe speisten und das kulturelle Erbe primär als Entwicklungs- und Veränderungspotenzial im System Wirtschaft definierten. So mutierte das Welterbe in Österreich von der ursprünglich als willkommene Image-Auszeichnung angenommene Etikettierung zum lästigen Entwicklungs- und Investorenballast.

In den Chefetagen der Politik verschob man diese sich gegeneinander stemmende, sperrige und nicht ohne Weiteres in politische Erfolgsbilanzen konvertierbare Materie auf Subebenen des demokratisch maskierten „Ausverhandelns“ von letztlich häufig bloß kompromittierenden „Kompromissen“ – Wien-Mitte, Kastner & Öhler (Abb. 45) und Thalia-Überbauung in Graz, das Parndorf-Hochhaus – sind nur die herausragenden Spitzen einer von Haus aus hoch gespannten Kompromissdecke, unter der sich die alltäglichen Eskalationen von Dachaufbauten, Vertikalisierungen, Enträumlichung etc. etc. sammelten.

Dieses „Ausverhandeln“ in den Foren der Meinungen und Interessen der „Stakeholder“, in der die Stimme der Erbe-Bewahrer immer mehr von den Tenören des Marktes übertönt wurde, ist im Grunde ein Kampf um die „Kulturhoheit“ in Heritage-Angelegenheiten. Vor einigen Jahren machte – unglaublich, aber wahr – der damalige amerikanische Präsident von ICOMOS International ein (ungewolltes) „Unterwerfungsangebot“ mit der in diplomatisches Aspik gehüllten Parole: „Tolerance for change“. Der Slogan wurde – naheliegend –

als Umkehr des Toleranzgebots in Zeiten genereller Paradigmenwechsel interpretiert und das heißt als Gebot der Toleranz der Schwächeren gegenüber den Stärkeren, also als Gebot der „Anerkennung“ der Übermacht des sozio-ökonomisch getriebenen Wandels.

Sogenannte Kompromisse sind immer Verschiebungen der bis dahin geltenden Orientierungsleitlinien. Auf der Grundlage von „Tolerance for change“ führen sie nachhaltig zur Veränderung von Bewertungen und sind damit wesentliche, beschleunigende Faktoren im Karussell des Wertewandels. Im Trend dieses Wandels liegt die Abkehr von der Kulturidee der Bewahrung des Überlieferten und der Übergang zum Prinzip der tolerierten, ja postulierten Veränderung: der Wandel wird auf Dauer gestaltet.

Wien hat an den Schrauben dieses Orientierungswechsels kräftig mitgedreht: durch provozierende Anlassfälle, kryptisch durch Dokumente wie das Wiener Memorandum, appellativ durch Mitwirkung an der Vienna Declaration der World Heritage Cities.

Und über all dem schwebt die zwar keineswegs neue, aber neu instrumentalisierte Kulturidee des „Intangible Heritage“. Diese postmoderne Heritage-Kulturidee befördert, nicht zuletzt angetrieben von den Energien der Digitalisierung, die Entmaterialisierung des Kulturerbes überhaupt. „Genius loci“ und „Spirit of Place“ schweben – entkoppelt von ihren materiellen Trägern – nicht nur über den Dingen, sondern auch in den geschmeidigen Konzepten eines „unfassbaren“ Erbes.

Der Befund der unterschiedlichen Wertperspektiven gegenüber der Materie Erbe/Welterbe zeugt vom Phänomen einer Komplexitätssteigerung, die evaluierenden Differenzierungsprozessen generell eigen sind. Unvergessen bleibt diesbezüglich die resignierende Klage des ehemaligen Bundeskanzlers Fred Sinowatz: „Es ist alles sehr kompliziert.“ Die Folgen dieser Verunsicherung sind „Orientierungsüberschuss“ und „Unübersichtlichkeit“, die sich vielfach auch als Handlungshemmung lähmend auswirken.

Es ist also kein Zufall, dass die Causa Welterbe Wien am Kulminationspunkt divergenter Komplexität wiederum zur „Chefsache“ avancierte: Entwirrung, Bekenntnisse und Entscheidungen, ein Ende des Taktierens sind angesagt. In einem nunmehr weit über ein Jahrzehnt andauernden Prozess von Aufklärung und Wertevermittlung durch ICOMOS und UNESCO sollte die Beratungs- und Einsichtigkeitsresistenz ein Ende haben. Zwei weitere Jahre zuzuwarten käme einer politischen Bankrott-Erklärung gleich.

Dass es so weit gediehen ist, ist vor allem jenen aus ganz unterschiedlichen Bereichen kommenden Bürgern zu verdanken, die das Welterbe Wien unbeirrt von An- und Untergriffen an den Kriterien der substantiell fassbaren, erfahrbaren und ersichtlichen Authentizität und Integrität gemessen haben. Diesen Bürgern ging es und geht es gerade nicht – wie vielfach unterstellt – um Entwicklungsfeindlichkeit und Modernitätsverweigerung, sondern im Gegenteil: um Verantwortung für das Erbe im Verbund mit einer Stadtentwicklungs- und Pla-



nungsethik, die das so außerordentliche architektonische Erbe der Stadt ins Zentrum ihrer Sorgfaltspflichten nimmt. Wenn das gelänge – endlich – könnte der Fall Welterbe Wien noch zur Schwelle einer kulturellen und kulturpolitisch verankerten Wende im Ringen um die Wahrung einer „outstanding identity“ in der Mitte Europas werden.

Univ.-Prof. Dr. Wilfried Lipp
Präsident von ICOMOS Österreich 2002-2018

Anmerkung:

¹ „Denkma[i] Sonderheft Nr. 2 (Autor: MMag. Dr. Helmut Hofmann, Herausgeber: Initiative Denkmalschutz), Mai 2019: „Welterbe Wien – Die rechtliche und verfassungsrechtliche Situation“



Abb. 47 (oben): **Donaulimes**. Auf Initiative Österreichs, Deutschlands, der Slowakei und Ungarns stand die römische Militärgrenze kurz vor der Ernennung zum UNESCO-Welterbe. Doch das Welterbekomitee entschied sich in seiner Sitzung in Baku (Aserbaidschan) im Juli 2019, den Donaulimes wegen kurzfristiger Änderungen beim ungarischen Abschnitt vorerst nicht aufzunehmen. Im Bild: Der Römerturm in Tulln (NÖ) – ein fast vollständig erhaltener Hufeisenturm des römischen Reiterkastells Comagena.

◀ Abb. 46 (Seite 28): **Erzberg**. Das Erzberg-Rodeo im Jahr 2007. Der steirische Erzberg steht seit Anfang an auf der österreichischen Vorschlagsliste für das Welterbeprädikat. Ein durchaus chancenreicher Antrag auf Nominierung ist bis heute unterblieben. Politisches Desinteresse und ökonomische Bedenken lähmten alle Initiativen. In der kulturellen Werteskala der Republik rangiert – jedenfalls den Erzberg betreffend – Motorradspekakele vor Welterbe.

Kärnten

Ruden: Alte Lippitzbachbrücke gesperrt

Die denkmalgeschützte Lippitzbachbrücke (Abb. 48) führt seit 1896 beim Ort Ruden in Südkärnten über die Drau. Sie ist vom Abbruch bedroht, nachdem im Jahr 2005 nur wenige hundert Meter entfernt die neue Lippitzbachbrücke (Jörg-Haider-Brücke) eröffnet wurde und seitdem nur wenig zum Erhalt der historischen Eisenfachwerkkonstruktion getan wurde. Als Werk der bekannten Wiener Brückenbauanstalt Ignaz Gridl ist sie ein typisches, aber mittlerweile seltenes Beispiel für die alpinen Talüberquerungen jener Zeit, die mittlerweile längst auch so etwas wie regionale Wahrzeichen darstellen. Seit 2018 ist die Brücke komplett gesperrt, da der Holzbohlenbelag morsch und das Trägergerüst angerostet ist. Mitverantwortlich für die Situation sind auch geologische Gründe, da der Südhang in Bewegung ist. Eine Sanierung von Brücke und Hang ist demnach mit hohen Kosten verbunden, Landesrat Martin Gruber nannte die Summe von vier Millionen Euro. Zwischen Land Kärnten und Gemeinde Ruden gibt es Gespräche über die Finanzierung, doch hat Rudens Bürgermeister durchklingen lassen, dass der Finanzierungsbeitrag für die Gemeinde nicht zu stemmen sei (vgl. Kleine Zeitung, 28.2.2019).

Niederösterreich

Gänserndorf: Kampf um die ehemalige Synagoge

Einem unwürdigen Tauziehen gleicht der Streit, der um die ehemalige Synagoge in Gänserndorf (Bahnstraße 60) (Abb. 49) entbrannt ist. Das 1898 errichtete und 1908 erweiterte, äußerlich schlichte Gebäude wurde zuletzt als örtlicher Jugendclub genutzt. Gänserndorfs Bürgermeister René Lobner betreibt den Abriss des historischen Bauwerks, der bereits 2014 beschlossen wurde, geplant sind Parkplätze an seiner Stelle. An das letzte Zeugnis jüdischer Kultur in der Bezirksstadt soll dann nur mehr eine Gedenktafel erinnern. Dem gegenüber setzen sich vor allem die Grünen Gänserndorf für den Erhalt ein, und auch unser Verein appellierte in einer Presseaussendung (16.8.2018) an Bürgermeister und Land Niederösterreich, die kulturelle Verantwortung wahrzunehmen.

Als die Abrisspläne akut wurden, stellte das Bundesdenkmalamt mittels Eilverfahren („Gefahr im Verzug“) das Objekt unter Schutz: Trotz der später erfolgten Veränderungen sei es vor

allem die Kombination von Synagoge und Rabbinerhaus, die eine Erhaltung begründe. Mit angeblicher Einsturzgefahr argumentierend, erhob die Gemeinde Einspruch gegen diese Entscheidung, dem in der Folge durch das Bundesverwaltungsgericht auch stattgegeben wurde. Der daraufhin erfolgten erneuten Unterschutzstellung folgt nun eine ausführliche bauhistorische Prüfung, die in einem Gutachten münden wird. Der Kleinkrieg geht indessen vor Ort weiter. Jüngster Mosaikstein in dem Fall war die anfängliche Untersagung einer Kundgebung vor dem Gebäude, die dann doch stattfinden konnte.

Kaumberg: Abriss Gasthaus Rohrer

Zum Jahreswechsel 2017/18 verlor Kaumberg im Triestingtal eines seiner bedeutendsten historischen Bauwerke: Der ehem. Gasthof „Goldener Hirsch“ (Gasthof Rohrer, Markt 26) (Abb. 50). Das geschützte Gebäude wurde bereits im 15. Jahrhundert als Gerichtshaus erwähnt, es wies neben alten Tonnengewölben, barocken Stuckdecken auch Reste der gründerzeitlichen Gasthauseinrichtung auf. Bürgermeister Michael Wurmetzberger hatte den Abriss wegen „Gefahr im Verzug“ angeordnet, Gutachten hätten Hausschwamm-Befall festgestellt. Das Bundesdenkmalamt versuchte noch mittels einer Verfügung bei der Bezirkshauptmannschaft den Abriss zu stoppen, doch war zu diesem Zeitpunkt schon ein Großteil des Gebäudes zerstört. Vorzuwerfen ist der Gemeinde Kaumberg, die den Gasthof 2006 erworben hat, dass sie nicht schon früher Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt hat. Kaumberg hat bis auf weiteres nun statt eines Kulturdenkmals einen Parkplatz in Zentrumsnähe, konkrete Pläne zur Neugestaltung gibt es nicht.

Krems: Eröffnung Landesgalerie

Am 25. Mai eröffnete die Neue Landesgalerie am Krems-Steiner Museumsplatz ihre Pforten. Der markante Bau (Abb. 51), der bereits im Vorfeld als „tanzender Würfel“ von Architekturzeitschriften gefeiert wurde, stellt eine Landmarke im Kremser Kunstquartier dar, die allerdings nicht unumstritten ist. Zu den Auswirkungen, die der Bau auf die umgebende Stadtlandschaft und das UNESCO-Welterbe „Wachau“ hat, wurde zuvor bei Michael Kloos, Experte für die Entwicklung von Stadt- und Kulturlandschaften an der Universität Aachen ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben, das dem Projekt keine nachteiligen Auswirkungen attestierte. Nun, nach Fertigstellung des Gebäudes gehen die Meinungen abermals auseinander. Der Kulturbau mag als Solitär eine besondere Stellung beanspruchen, er ist zugleich aber auch so etwas wie die Spitze des Eisberges, was die Bautätigkeit in der Wachau betrifft. Wie der „Arbeitskreis Welterbe Wachau“ seit Jahren kritisiert, werden Einfamilienhäuser, Weinkeller oder Supermärkte zunehmend in unpassender Beton- oder Glasoptik gebaut und beeinträchtigen die traditionellen Ortsbilder. Die niederösterreichische Bauordnung, die in Welterberegionen eine Rücksichtnahme auf das Ortsbild vorschreibt, werde hier regelmäßig übergangen (vgl. „Kurier“, 24.8.2018)

Mistelbach: Häuser am Hauptplatz in Gefahr

Die Häuser Nr. 14 und 15 am Mistelbacher Hauptplatz (Abb. 52, Seite 32) gehören zum ältesten erhaltenen Baubestand der Weinviertelstadt. Das Haus Hauptplatz Nr. 15, zuletzt als Bankfiliale genutzt, stammt im Kern aus dem 17. Jahrhundert und weist im Inneren noch bemerkenswerte Gewölbe auf. Zudem handelt es sich um das Geburtshaus des Jugendstil-Malers Wilhelm Bernatzik, an den am Haus auch zwei Gedenktafeln erinnern. Das angrenzende sog. „Wanderer-Haus“, durch den Einbau einer Fußgängerpassage im Erdgeschoß bereits beeinträchtigt, dürfte sogar noch älter sein. Beiden droht derzeit der Abriss, nachdem sie von einem Investor erworben worden sind und die Errichtung eines neuen Lebensmittelmarktes im Raum steht. Die Mistelbacher Altstadt hat durch unsensible Neu- und Umbauten be-

reits stark in ihrem Erscheinungsbild gelitten. Widerstand gegen die Abrisspläne wurde laut, die Gemeinde reagierte darauf mit der Idee, ein Ortsbildgutachten in Auftrag zu geben und will die Ortsbildfrage in Gesprächen mit dem Investor thematisieren. Das Bundesdenkmalamt äußerte sich währenddessen in einer ersten Stellungnahme defätistisch: Die Denkmalschutz-Eigenschaften seien vermutlich nicht ausreichend, „die denkmal-schützerische Suppe zu dünn“ (NÖN, 21.2. 2019). Dabei ist in Erinnerung zu rufen, dass auch die Länder und Gemeinden eine Verantwortung tragen, das lokal bedeutende Kulturerbe zu erhalten (wie z. B. Wien mit seinen Schutzzonen). Es mag sein, dass die genannten Gebäude im Gefüge einer reicheren Altstadt zu vernachlässigen wären, für Mistelbach jedoch ist die Bedeutung unbestreitbar hoch. Ihr Verlust würde eine herbe Beeinträchtigung der Breite des Kulturbestandes und eine Verarmung der Kulturlandschaft insgesamt bedeuten.



Abb.48: Ruden (Kärnten) – Alte Lippitzbachbrücke

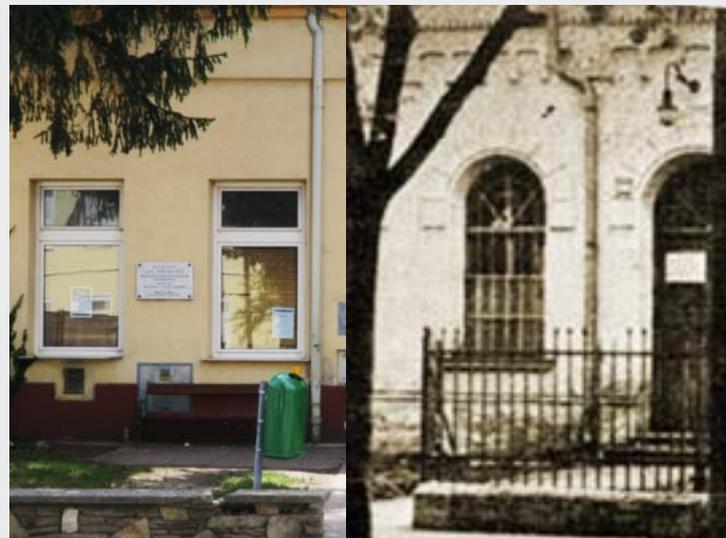


Abb. 49: Gänserndorf (NÖ) – Die ehem. Synagoge (re.: 1938, li.:2018)



Abb. 50: Kaumberg (Niederösterreich) – Abriss Gasthaus Rohrer



Abb. 51: Krems (Niederösterreich) – Eröffnung Landesgalerie



Abb. 52: Mistelbach (Niederösterreich) – Häuser am Hauptplatz



Abb. 53: Trautmannsdorf (Niederösterreich) – Schloss und Park



Abb. 54: Sarleinsbach (OÖ) – Marktplatz



Abb. 55a / 55b: Wels (Oberösterreich) – Hotel Greif (li.: hist. Ansicht, re.: im Zustand 2018) abgerissen



Abb. 56: Schörfling am Attersee (Oberösterreich) – Lohninger Hof



Abb. 57: Wals-Siezenheim (Salzburg) – „Altes Mesnergut“ abgerissen

Trautmannsdorf a.d. Leitha: Schloss und Park vor Veränderung

Aufregung und Bewegung herrscht seit kurzem beim seit vielen Jahren leerstehenden und verfallenden Schloss Batthány in Trautmannsdorf an der Leitha (Abb. 53). Ein Brand zerstörte am 21.6.2018 Teile des Daches, kurz nachdem die seit langem gehegten Pläne, aus dem Schloss ein Gesundheitszentrum zu machen, konkrete Gestalt annahmen. Die klassizistische Schlossanlage inmitten eines englischen Landschaftsgartens befindet sich seit 2013 im Besitz der Sanssouci-Gruppe von Norbert Winkelmayr. Die bislang kommunizierten Pläne zur Errichtung eines „Medical Health Resort“ sorgen für Verunsicherung bei der ortsansässigen Bevölkerung.

Eine Petition forderte von der Gemeinde Informationen und eine öffentliche Diskussion. Tatsächlich wurden daraufhin Projektdimensionen laut, die Schlimmes befürchten lassen: Hotelpavillons, Reihenhäuser, Personalwohnungen, ein Veranstaltungszentrum, eine Tagesklinik und eine Tiefgarage sollen auf dem Parkgelände entstehen, das Schloss selbst soll saniert werden. Dem Park, der im Gegensatz zum Schloss nicht geschützt ist, droht damit eine weitreichende Zerstörung. Derzeit befindet man sich in der Genehmigungsphase, berichtet „Der Standard“ (4.5.2019). Näheres zur aktuellen Situation wird in der nächsten „Denkma[i]l“-Ausgabe zu lesen sein.

Oberösterreich

Sarleinsbach: Historisches Haus am Marktplatz abgerissen

Das Haus Marktplatz 16 in der Marktgemeinde Sarleinsbach im Mühlviertel wurde im Mai dieses Jahres nach langen Jahren des Leerstandes abgerissen (Abb. 54). Es war 2005 per Bescheid unter Denkmalschutz gestellt worden, gegen den von Eigentümerseite berufen wurde. Dieser Berufung wurde letztlich stattgegeben, sodass das Haus 2011 aus dem Denkmalschutz entlassen wurde. Dabei war das Gebäude nicht nur von bauhistorischer Bedeutung – es stammte aus dem 16. Jahrhundert und erhielt im 19. Jahrhundert einen markanten Schweifgiebel –, sondern als Geburtshaus des heute zu Unrecht vergessenen Dichters Adam Lebaldt von Lebenwein (1624-1696) auch kulturgeschichtlich interessant.

Während Bürgermeister Roland Bramel froh ist über den „endlich“ erfolgten Abriss (vgl. Oberösterreichische Nachrichten, 15.5.2019), sieht der Kunsthistoriker Franz Reitinger darin eine kulturelle Schande. Der gebürtige Sarleinsbacher bemühte sich leider vergeblich, das Haus zu erwerben, um es anschließend zu sanieren. Für ihn liegt mit dem aufgehobenen Denkmalschutz eine „Deklassierung“ vor, die den erstrebten Abbruch erst möglich machte.

Schörfling am Attersee: Lohninger-Hof weicht „Begegnungszentrum“

Wenn Gemeinden modern sein und mit der Zeit gehen wollen, dann muss das überlieferte Ortsbild oft darunter leiden. In Schörfling am Attersee wurde so der alte, unbewohnte Lohninger-Hof am Marktplatz Nr. 1 zum Zankapfel (Abb. 56). Eine Bürgerinitiative wehrte sich gegen die Abrisspläne der Gemeinde, die an Stelle des aus dem 18. Jh. stammenden Bauwerks einen modernen Veranstaltungsplatz und in der Folge ein multifunktionales Gemeindezentrum vorsieht. Doch die gesammelten Unterschriften prallten ebenso ab wie Beschwerden bei der Gemeindeaufsicht und der Volksanwaltschaft. Im Mai dieses Jahres erfolgte schließlich der Abriss des alten Hofes.

Wels: Ende des Hotel Greif

Wels verliert demnächst eines seiner traditionsreichsten Häuser. Das ehemalige Hotel Greif am Kaiser-Josef-Platz 50 / Ecke Rainerstraße wird abgerissen, nachdem zuvor Bemühungen, zumindest die Außenfassaden zu erhalten, gescheitert sind (Abb. 55). Für eine Förderung einer solchen Maßnahme durch das Land war aber das Ausmaß der zu erhaltenden Mauern zu gering. So berichtet der Besitzer des Hotelgebäudes, der Immobilienentwickler Andreas Hüthmeyer, der hier einen Neubau errichten wird, der Geschäfte, Behörden und Wohnungen umfassen soll (Oberösterreich. Nachrichten, 28.6.2018).

Übergangen wurde bei der Diskussion die Bevölkerung, insbesondere auch die Bürgerinitiative „Bezugnahme auf historische Bausubstanz bei Neubauten (iD-Zweigstelle Wels), die den Erhalt der historischen Bausubstanz forderte. Der Vorschlag des Welser Bürgermeisters, die Fassade des Neubaus historisierend zu gestalten, wurde durch den Gestaltungsbeirat abgelehnt.

Erhalten bleibt vorerst das anliegende Stadttheater Greif, das im ehemaligen Konzertsaal des Hotels untergebracht ist. Das Hotel, das über römischen Fundamenten errichtet ist, war immer das „erste Haus am Platz“. Nach Bombenschäden im Inneren des Hauses im Zweiten Weltkrieg wurde die erhaltene gebliebene Fassade am Kaiser-Josef-Platz später vereinfacht. 2016 schloss das Hotel seine Pforten.

Salzburg

Wals-Siezenheim: 400 Jahre alter Bauernhof geschleift

Einen äußerst schmerzhafter Verlust stellt der Abbruch des 400 Jahre alten „Mesnerguts“ in Wals-Siezenheim bei Salzburg (Bauerngasse 6, früher Wals Nr. 8) dar. Das 1640 erstmals erwähnte Anwesen war eines der letzten weitgehend im Originalzustand erhaltenen Gebäude des Ortes. Alte Tür- und Fens-

tergewände und ein Balkon im Obergeschoß charakterisierten den Einhof (Abb. 57). Zuletzt noch von einer Mieterin bewohnt, war seit Jahrzehnten nichts in die Erhaltung der Substanz investiert worden – nun das entscheidende Argument, um dem Kulturdenkmal den Garaus zu machen. Eine Sanierung würde „Unsummen“ kosten, die der Eigentümer nicht stemmen kann, wird Bürgermeister Joachim Maislinger in der „Kronenzeitung“ zitiert (23.12.2018). Das Bundesdenkmalamt verhängte trotz „Gefahr im Verzug“ keinen Denkmalschutz. Der Abbruch konnte daher im März 2019 vollzogen werden, auf dem Grundstück entstehen Neubauten.

Steiermark

Graz – 2. Bez. St. Leonhard: Bauerbe weiter dezimiert

Auch in der steirischen Landeshauptmann dezimiert ein gewinnsüchtiger Zeitgeist weiter das historische Bauerbe. Zu den jüngst zu beklagenden Opfern zählt das einstöckige Haus Zwerggasse 14, ein frühhistorisches Wohnhaus aus dem Jahr 1868 (Abb. 58). Dabei hatte die Grazer Altstadt-Sachverständigenkommission noch 2015 festgestellt, dass das weitgehend im Originalzustand erhaltene Haus „charakteristisch ist für die gründerzeitliche Stadtentwicklung und als solches [...] im Sinne des GAEG [Grazer Altstadterhaltungsgesetz] 2008 als schutzwürdig zu beurteilen [ist].“ Auch eine Beschwerde des Altstadt-Anwaltes gegen den Abbruchbescheid verpuffte wirkungslos. Im Oktober 2018 durfte das Haus „wegen wirtschaftlicher Unzumutbarkeit der Sanierung“ abgerissen werden. Zu bangen ist nun um das benachbarte „Zwillingshaus“ Zwerggasse Nr. 16, das zeitgleich mit Nr. 14 errichtet wurde.

Mariazell: Demontage der alten Bürgeralpen-Seilbahn

Die traditionsreiche Seilschwebbahn auf die Mariazeller Bürgeralpe wird 90 Jahre nach ihrer Eröffnung komplett neu gebaut. Am 31. Oktober 2018 fuhr die Gondelbahn zum letzten Mal, nachdem die Konzession zum Betrieb der alten Seilbahn ausgelaufen war (Abb. 59). Da eine Sanierung der alten Bahn angeblich zu kostspielig gewesen wäre, wird nun an ihrer Stelle eine Einseil-Umlaufbahn mit 22 Gondeln errichtet, die pro Stunde bis zu 800 Gäste auf die Bürgeralpe bringen kann („Bürgeralpe-Express“). Zusätzlich sollte ein neuer Berggasthof mit Indoor-Spielplatz und Freizeitpark entstehen, um die Bürgeralpe so touristisch auszubauen („Bergarena“). Hier zumindest hat das Denkmalamt interveniert und den alten Gasthof noch rechtzeitig unter Schutz gestellt.

Keine Rolle spielten bei den Planungen jedoch die historischen technischen Anlagen. Berg- und Talstation wurden 1928 von Rudolf Frass, einem Schüler Otto Wagners errichtet, die technische Planung lag in den Händen der namhaften Firma Julius Pohlig. Die Talstation wurde bereits 2002 abgerissen, Bergstation und die Stützen wurden damals immerhin noch saniert. Die bis vor kurzem erhaltene Bergstation war ein markanter Bau, der wohl erhaltenswert gewesen wäre. Friedrich Achleitner würdigte ihn als „Beispiel von besonderer Bedeutung, weil es beweist, dass alpines Bauen mit bodenständigen Elementen möglich ist, ohne dem Klischee einer Lederhosenarchitektur zu erliegen“. Ein weiteres Opfer der Ausbaupläne in Mariazell wurde auch das historische „Dellinger-Haus“ in der Wiener Straße Nr. 30, das der neuen Talstation Platz machen musste.

Tirol

Gries am Brenner: Bizarrer Streit um altes Widum

In der Gemeinde Gries am Brenner wurde nach einem Steinerschlag 2011 ein großräumiges Sperrgebiet mit Betretungsverbot festgelegt, das auch das alte Widum (Pfarrhaus), ein im Kern aus dem 15. Jahrhundert stammendes Gebäude, umfasst (Abb. 60). Ein Jahr später attestierte die örtliche Baubehörde dem Gebäude Einsturzgefahr und erließ einen Abbruchbescheid wegen „Gefahr im Verzug“. Fünf Jahre später schließlich wurde das Widum zusammen mit der Kirche als letztes Zeugnis der ehemaligen Zollstätte am Lueg unter Denkmalschutz gestellt, doch Bürgermeister Karl Mühlsteiger bestand weiterhin auf einem Abriss. Gegen den Denkmalschutz wurde juristisch vorgegangen.

Ein mehrjähriger Streit betraf den Umfang des Betretungsverbot, zu dem es zahlreiche Ausnahmen gab – so durften u.a. Kirchgänger, Landwirte und Straßenarbeiter den Gefahrenbereich betreten, nicht aber der Eigentümer des Widums, der das Gebäude schon längst sanieren wollte. Zur tatsächlichen oder vermeintlichen Gefahrensituation liegen geologische Gutachten vor, die die Lage unterschiedlich einschätzen.

Was den Denkmalschutz betrifft, den die Gemeinde Gries und der Bürgermeister massiv bekämpfen, so konnte sich nach dem Gang durch die Instanzen schließlich der Denkmalschutz durchsetzen. Die von der Gemeinde beim Bundesverwaltungsgericht eingebrachte Beschwerde gegen den Unterschutzstellungsbescheid wurde abgewiesen. Der Denkmalschutzbescheid ist somit rechtskräftig bestätigt und der Besitzer hofft, bald sein Gebäude betreten und mit den notwendigen Restaurierungsarbeiten anfangen zu können.

Vorarlberg

Bregenz: Villa Freudeck abgerissen

Der Kampf um den Erhalt der Villa Freudeck in Bregenz (Blumenstraße 3) war vergeblich (Abb. 61). Seit Bekanntwerden der Abriss- und Neubaupläne im Sommer 2016 hatte sich eine Initiative vor Ort um die Rettung der von Georg Baumeister

1896 erbauten Fabrikantenvilla bemüht, und auch unser Verein hat in einer Presseaussendung den Erhalt der Villa gefordert (27.9.2016; vgl. auch Denkma[i]l Nr. 24, S. 48-50). Sämtliche Aktionen wie Gutachten, die die Erhaltungswürdigkeit der Villa gerade im Zusammenhang mit dem umgebenden Villenensemble am Ölrain aufzeigten, konnten Eigentümer und Bauträger nicht zur Einsicht bringen. Ein bestehendes Räumliches Entwicklungskonzept der Stadt Bregenz, das den Erhalt festgeschrieben hatte, wurde im Zuge der Bauverhandlungen für den Neubau missachtet, das Denkmalamt wiederum verkannte die Bedeutung des vorliegenden Ensembles und sah von einer Unterschutzstellung ab. Im Juli 2018 wurde schließlich der seit Februar genehmigte Abriss umgesetzt. An der Stelle der Villa wird ein Mehrparteienhaus entstehen.



Abb.58: Graz (Steiermark) – Haus Zwerggasse 14



Abb. 59: Mariazell (Stmk.) – Abriss Bürgeralpen-Seilbahn-Bergstation



Abb. 60: Gries am Brenner (Tirol) – Das alte Widum



Abb. 61: Bregenz (Vorarlberg) – Villa Freudeck abgerissen



Abb.62: Röthis (Vorarlberg) – „Torggel“ abgerissen



Abb. 63: Landstraße (Wien) – Heumarkt-Projekt gefährdet Welterbe



Abb. 64: Innere Stadt (Wien) – Staatsoper mangelhaft restauriert?



Abb. 65: Leopoldstadt (Wien) – Praterstadion



Abb. 66: Döbling (Wien) – Winzerhaus im ursprüngl Zustand



Abb. 67: Döbling (Wien) – Winzerhaus teilweise abgerissen

Röthis - „Torggel“ abgerissen

Leider erfolglos verliefen die Bemühungen der Bürgerinitiative „Rettet den Torggel“, das gleichnamige Gasthaus (Abb. 62) vor dem Abriss zu bewahren. Die Bezirksbehörde Feldkirch hat im Februar 2019 dem Abrissantrag des Eigentümers stattgegeben, nachdem auch das Bundesdenkmalamt sich zu keiner Unterschutzstellung veranlasst sah. Im April zerstörten Bagger schließlich das historische Fachwerkgebäude aus dem 18. Jahrhundert (Torkelweg 1). Lediglich die historische Weinpresse des Hauses, der Torkelbaum, wurde vom Eigentümer bewahrt und der Gemeinde übergeben. Er soll in Zukunft neben dem historischen Schloßle aufgestellt werden. Anstelle des Traditionsgasthauses jedoch werden demnächst zwei „kubische Gebäude mit neun Wohneinheiten“ das Ortsbild je nach Standpunkt auf- oder entwerten.

Wien

Wien: Heumarkt-Hochhaus und Weltkulturerbe

Angesichts der drohenden Aberkennung des UNESCO-Welterbe-Status „Historisches Zentrum von Wien“ aufgrund des umstrittenen Hochhaus-Projektes Am Heumarkt (Abb. 63) war die Initiative Denkmalschutz weiter aktiv: So unterzeichneten wir zusammen mit anderen Bürgerinitiativen und NGOs ein von „Alliance For Nature“ eingebrachte Memorandum zum Schutz des Weltkultur- und -naturerbes Österreichs, einen dringenden Appell an die verantwortlichen Politiker und Gesetzgeber. Im November 2018 nahm die Initiative Denkmalschutz an einer „Advisory Mission“ der Unesco teil. Eine parlamentarische Bürgerinitiative, die den Nationalrat auffordert, alle Maßnahmen zur Einhaltung des Vertrages mit der Unesco zu ergreifen, wurde initiiert und zur Unterzeichnung aufgelegt.

Wiener Staatsoper: Mängel bei der Restaurierung?

Selten nur liest man in Medien über Details aus dem Restaurierungshandwerk, meist begnügt man sich mit der Floskel „denkmalgerechte Sanierung“. Doch angesichts der Restaurierung der historistischen Partien der Wiener Staatsoper (Abb. 64) 2017-18 äußerten sich Vertreter des Vergolder-Handwerks kritisch zur Qualität der durchgeführten Arbeiten: Wie in der Tageszeitung „Der Standard“ am 12.3.2019 berichtet wurde, fand bei der Restaurierung der Goldflächen im Vestibül bzw. im Schwind-Foyer statt echtem Blattgold nur eine kostengünstigere „goldene Schuhpaste“ (Vergolderwachs bzw. Perlglanz) Verwendung. Die Arbeiten waren von Restauratoren und keinen handwerklichen Spezialisten durchgeführt worden. Auch bei der Sanierung des Chinesischen Kabinetts im Schloss

Schönbrunn seien zuvor schon falsche Materialien verwendet worden. Bundestheater-Holding und Bundesdenkmalamt betonten demgegenüber, dass der Ausschreibung entsprechend fachlich korrekt gehandelt wurde. Es bleibt jedoch die Tatsache bestehen, dass das traditionelle Vergolder-Handwerk, das wirtschaftlich ums Überleben kämpft, vernachlässigt wurde.

Wien-Leopoldstadt: Diskussion um Praterstadion

Zu den erklärten Lieblingsprojekten des ehemaligen österreichischen Vizekanzlers Heinz-Christian Strache gehörte der Plan für ein neues Nationalstadion, das das angeblich nicht mehr zeitgemäße Ernst-Happel-Stadion (Praterstadion, Abb. 65) ersetzen soll. Dem steht allerdings der Denkmalschutz entgegen, der seit 2001 per Verordnung gilt. Es handelt sich nur um eine Art „vorläufigen Schutz“, der erst nach genauerer Prüfung der Denkmaleigenschaften per Bescheid festgeschrieben werden soll.

Hier wollte der Ex-Vizekanzler einhaken. Bedrohlich klang in diesem Zusammenhang die Bemerkung Straches, er sehe hier eine „sehr, sehr gute Gesprächsebene mit den Wiener Stadträten“, denn „Am besten wäre es, einen gemeinsamen Weg zu finden, dass der Denkmalschutz fällt“ (Interview in: Der Standard, 17.11.2018). Ignoranz gegenüber dem Denkmalschutz innerhalb politischer Überlegungen wurde selten so unverstellt ausgedrückt wie in diesem Fall. Das Praterstadion, 1929-31 von Otto Erich Schweizer errichtet, war zum Zeitpunkt seiner Entstehung das modernste Stadion der Welt, und auch die 1986 fertig gestellte Überdachung des Stadions nach Plänen von Ing. Erich Frantl gilt weithin als konstruktive Meisterleistung der jüngeren österreichischen Ingenieurkunst. Das Praterstadion steht also aus gutem Grund unter Denkmalschutz.

Wien-Döbling: Teilabriss eines Winzerhauses

Der ehemalige Heurige Stelzer (Sieveringer Straße 251) wurde Anfang des Jahres in Teilen abgerissen und wird derzeit massiv umgebaut (Abb. 66 f.). Er kann damit als weiteres prominentes Opfer der Bauwut in den Wiener Vororten gelten, wo scheinbar jeder verfügbare Quadratmeter lukrativen Neu- und Umbauplänen dienen muss. Das Sieveringer Haus ragt hier heraus, nicht nur diente das reizvolle ebenerdige Gebäude des öfteren als Kulisse von Film- und Fernsehaufnahmen, es war auch in seiner Substanz seit dem 18. Jh. kaum verändert. Nun wurden 75% des Gebäudes im Hofbereich abgerissen. Die herrschende Schutz-zonenwidmung kann wohl nur einen Erhalt des Erscheinungsbildes an der Straßenseite garantieren, der dahinterliegende Teil wird wohl in bekannter Manier die erlaubte Baukubatur in maximaler Weise ausnutzen. Wie unser Verein in seiner Stellungnahme (21.2.2019) darlegte, ist für einen effektiven Ortsbildschutz mehr nötig als die seit Juli 2018 geltenden Kontrollen bei Abrissansuchen. Es gilt finanzielle Anreize zu schaffen, um Eigentümern die Restaurierung ihres Altbaues zu ermöglichen. Leider scheint eher gegenteiliges der Fall, so wurden die Mittel des Wiener Altstadterhaltungsfonds in den letzten 20 Jahren still und heimlich um sagenhafte 75% reduziert.



Abb. 68: Privatsammlung Arik Brauer – Führung, 16.11.

Samstag, 16. November 2019**Besuch des Künstlers Arik Brauer und seiner Privatsammlung**

In der idyllisch gelegenen, neoklassizistischen Villa des Ausnahmekünstlers Arik Brauer – u.a. Maler, Skulpteur und Musiker – dürfen wir seine auf ca. 200 m² im Souterrain befindliche Privatsammlung in einer privaten Führung kennen lernen. Aus Anlass des 90. Geburtstages des vielseitigen Künstlers wird uns Frau Monica Kastner durch seine Kunstsammlung führen, die sich in der vorbildlich restaurierten Villa im Währinger Cottage befindet. Anschließend besteht die seltene Möglichkeit für ein persönliches Gespräch mit Prof. Arik Brauer, einem Hauptvertreter der Wiener Schule des Phantastischen Realismus.

Treffpunkt: 14:45 Uhr, vor dem Haus Colloredogasse 30, 1180 Wien**Anmeldung unbedingt erforderlich**, Fixbeitrag: € 15

Abb. 69: WK-Gebäude am Stubenring – Führung, 30.11.

Samstag, 30. November 2019**Führung durch das ehemalige Wirtschaftskammer-Gebäude am Stubenring**

Über 150 Jahre hatte die Wirtschaftskammer Wien ihren Hauptsitz am Stubenring, bis im April dieses Jahres eine neue Zentrale am Praterstern bezogen wurde. Im Gegensatz zu anderen aufgegebenen Standorten der WK verbleibt das 1907 erbaute palaisartige Haupthaus in ihrem Besitz, die Nachnutzung wird derzeit noch erarbeitet. Wir werden die wichtigsten Prunkräume besichtigen, erfahren Details zur Baugeschichte und freuen uns auf eine detaillierte Führung durch das für die Wiener Wirtschaft einst so bedeutende Gebäude.

Zeit: 10:15 Uhr, **Ort:** Stubenring 8-10, 1010 Wien**Anmeldung erforderlich**, die Führung ist kostenlos

Abb. 70: iD-Weihnachtstreffen Neustift – Rundgang, 15.12.

Sonntag, 15. Dezember 2019**Weihnachtstreffen mit Spaziergang durch Neustift**

Zur Adventzeit treffen wir uns zu einem besinnlichen Spaziergang in Neustift am Walde, in dessen Verlauf wir einige schöne Gebäude sehen werden, und auch deren Baugeschichte kurz besprechen. Am späteren Nachmittag besuchen wir einen Heurigen, wo wir uns stärken, und das Jahr 2019 in gemütlichen Gesprächen Revue passieren lassen. Die Vorstände der Initiative Denkmalschutz werden von den laufenden Denkmalschutz-Themen berichten und einen kurzen Ausblick auf das kommende Jahr 2020 geben. Wer den Spaziergang auslassen will, kann sich auch direkt zum Heurigen begeben: Eischers Kronenstüberl, Neustift am Walde 87, ca. ab 16:00 Uhr.

Treffpunkt: 14:30 Uhr, Bushaltestelle ‚Agnesgasse‘ der Linie 35A, 1190 Wien**Anmeldung erforderlich**, der Rundgang ist kostenlos

Abb. 71: „Landschaft und Garten“ – Ausstellung, 09.01.

Donnerstag, 9. Jänner 2020**Sonderführung durch die Ausstellung „Landschaft und Garten“ im BDA**

In der Ausstellung werden Fotos vom Wandel von Landschaften und Gärten in den letzten Jahrhunderten präsentiert. Anhand der historischen Aufnahmen des Schlossparks von Schönbrunn und des Ibmer Moores erkunden wir virtuell die gezeigten Landschaften und verfolgen die sorgfältige Instandsetzung des Schlossparks von Schloss Hof. Den Rundgang führen Gabriele Roithner und Florian Leitner vom BDA, die mit ihrem denkmalpflegerischen Expertenwissen u. a. spezielle Probleme der Rekonstruktion historischer Gärten erläutern.

Zeit: 17:00 Uhr, **Ort:** Bundesdenkmalamt Hofburg, Säulenstiege, 1010 Wien**Anmeldung erforderlich**, freiwillige Spende (kein Fixbeitrag)

Abb. 72: Palais Coburg – Führung, 24.01.

Freitag, 24. Jänner 2020**Besichtigung des Palais Coburg**

Das vom Architekten Karl Schleps 1839 entworfene Palais Coburg wurde erst 1849 durch August von Sachsen-Coburg und Gotha und seine Frau Clementine d'Orléans bezogen, jedoch in Teilen schon damals als Zinshaus genutzt. 1945 beschädigt, war nach Abzug der russischen Besatzer die ÖBB bis 1997 eingemietet, bevor ab 2000 Luxushotel und Gastronomie folgten. Diplomaten und Nobelpreisträger waren hier zu Gast. Wir besichtigen Prunkstiegen und Festsäle und erfahren Geschichte und Geschichten dieses „königlichen Hauses“.

Zeit: 14:45 Uhr, **Ort:** Coburgbastei 4, 1010 Wien**Anmeldung erforderlich**, Fixbeitrag: € 25

Freitag, 6. März 2020

Führung durch die Villa Blum

Die Villa des Linoleum- und Kunstlederfabrikanten Leopold Blum wurde von Architekt Carl Witzmann geplant und 1923 realisiert. Dem Zeitgeist entsprechend wies der Bau eine schlichte Fassade auf und war mit zweiteiligen Fensterläden rustikalisiert. Im Krieg ließ Ernst Henkel, der die Villa bewohnte, sie teilweise betrieblich adaptieren, und in den Kellern wurden Flugzeugmotoren produziert. Nach dem Krieg als Bildungsanstalt genutzt, ist die Villa Blum heute eine Agrarpädagogische Akademie. Es führt fachkundig Rektor Dr. Thomas Haase.

Treffpunkt: 14:45 Uhr, Angermayergasse 1 (Eingang Hochschule), 1130 Wien
Anmeldung erforderlich, freiwillige Spende (kein Fixbeitrag)



Abb. 73: Villa Blum – Führung, 06.03.

Samstag, 28. März 2020

Vollversammlung der Initiative Denkmalschutz, Klavierfabrik Atzgersdorf

Einst weltberühmt, taugt die „Wiener Mechanik“ heute nur noch für das Museum. Im 19. Jahrhundert bildeten Klaviere aus Wien und musiktechnische Innovationen aber mit die Grundlage für den Ruf Wiens als „Musikhauptstadt“. In Atzgersdorf findet in der ehemaligen Fabrik des Erfinders der eingangs erwähnten Wiener Mechanik, Alois Partart, die Vollversammlung der Initiative Denkmalschutz statt. Unter anderem wird die Arbeitsgruppe „iD-Statuten“ das Ergebnis ihrer harten Bemühungen präsentieren und zur Abstimmung bringen.

Zeit: 10:00 Uhr, **Ort:** Endresstraße 18, 1230 Wien

Keine Anmeldung erforderlich



Abb. 74: Alte Klavierfabrik in Atzgersdorf, 28.03.

Samstag, 25. April 2020

„Hausnummern-Flânerie“ mit Prof. Anton Tantner

Klein und unscheinbar, scheint die Hausnummer keine Geschichte zu haben, 1770 nicht zur Orientierung eingeführt, sondern um mit einer Volkszählung, der Seelenkonskription, ein neues Rekrutierungssystem vorzubereiten. Manche der Konskriptionsnummern sind heute noch sichtbar; die Flânerie stellt einige davon vor und liefert zugleich Einblicke in die Geschichte vergangener und gegenwärtiger Ordnungssysteme. Die Route führt vom Ballhausplatz durch die Innenstadt bis zur Walfischgasse (info: <http://hausnummern.tantner.net>).

Treffpunkt: 13:45 Uhr, Ballhausplatz 2, 1010 Wien, vor dem Bundeskanzleramt
Anmeldung erforderlich, Fixbeitrag: € 13 / € 11



Abb. 75: Hausnummern-Flânerie – Rundgang, 25.04.

Samstag, 9. Mai 2020

Rundgang durch Ober- und Unterlaa mit Führung durch die Johanneskirche

Obwohl im Laufe der Jahrhunderte zahlreiche historische Bauwerke in Ober- und Unterlaa verloren gingen, haben sich andere Zeugnisse der Baukultur und der dörfliche Charakter bis heute erhalten. Diesen zu bewahren ist ein Planungsziel des im Zuge des U1-Ausbaus zu erwartenden Wandels. Bei einem ausgedehnten Rundgang durch Oberlaa und Unterlaa zeigt uns Herr Walter Sturm vom Bezirksmuseum Favoriten die wichtigsten lokalen Bauwerke, den Abschluss bildet seine Kurzführung durch die Johanneskirche. Auch Vertreter der Bürgerinitiative ‚Lebensraum Oberlaa‘ werden uns informativ begleiten.

Treffpunkt: 10:00 Uhr, Hubert-Blamauer-Park/Eingang Grundäckerg., 1100 Wien
Anmeldung erforderlich, freiwillige Spende (kein Fixbeitrag)



Abb. 76: Ober- und Unterlaa – Rundgang, 09.05.

Hinweise: Anmeldung per eMail an: mitglieder@idms.at oder telefonisch unter: 01/310 22 94 oder mobil: 0650/571 88 44. Die Reihung bei beschränkter Teilnehmerzahl erfolgt nach dem Einlangen der Anmeldung und bei Überweisung auf das Vereinskonto innerhalb von 5 Werktagen. Fixbeiträge sind obligat und decken lediglich die Selbstkosten des Vereins ab, darüber hinausgehende freiwillige **Spenden sind ausdrücklich erwünscht** und jederzeit höchst willkommen! Frühbucherbonus: Werden zwei unterschiedliche Fixbeiträge bei der Veranstaltung angegeben, gilt der günstigere Betrag nur bei Anmeldung bis spätestens 4 Wochen vor der entsprechenden Führung/Veranstaltung. Allfällige Änderungen und nähere Informationen geben wir per Newsletter (eMail) und auf www.idms.at bekannt.

MITGLIEDERTREFFEN – WIEN

28. Oktober und 9. Dezember 2019, 20. Jänner, 9. März, 20. April, 25. Mai und 6. Juli 2020 (jeweils Montag) – im Vereinslokal, Fuchsthallergasse 11, 1090 Wien,
Zeit: ab 18:30 Uhr – Auch Nichtmitglieder sind herzlich willkommen!



Abb. 77: Mitgliedertreffen, Vereinslokal Fuchsthallerg. 11

Kennen Sie unser Buch: Österreichs gefährdetes Kulturerbe?

Ein Überblick über den erschreckend brutalen Umgang mit historischer Bausubstanz und Kulturgütern in Österreich, dargestellt anhand von 70 Beispielen aus der Gegenwart und der jüngeren Vergangenheit. Als Autoren konnten Wolfgang Burghart, Fachmann für technische Denkmäler und Denkmalschutz, und Gerhard Hertenberger, investigativer Wissenschaftsautor, gewonnen werden. Mit mahnenden Geleitworten von Bernd Lötsch, Wilfried Lipp (ICOMOS) und Nott Caviezel. Eine Bereicherung für Ihren Bücherschrank!

Herausgegeben von unserem Verein Initiative Denkmalschutz, der größten österreichischen Denkmal- und Kulturschutz-NGO, anlässlich des zehnjährigen Bestehens.

„Österreichs gefährdetes Kulturerbe“, 256 Seiten, farbig bebildert, Verlag Schreybgsasse, Preis: € 29,90, erhältlich im Buchhandel und über www.idms.at

ISBN 978-3-7142-0055-3

D Initiative Denkmalschutz

Unabhängiger Verein für den Schutz
bedrohter Kulturgüter in Österreich

Der Verein Initiative Denkmalschutz wurde im Februar 2008 gegründet und setzt sich für den Erhalt und den Schutz gefährdeter Kulturgüter sowie Kulturlandschaften ein, dies insbesondere im Rahmen der Denkmal-, Orts- und Stadtbildpflege sowie unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit. Die Tätigkeit des Vereins ist gemeinnützig, überparteilich und unabhängig.

Die Initiative Denkmalschutz gibt seit 2008 die Vereinszeitschrift "Denkma[i]" heraus. Ein wichtiges Anliegen des Vereins besteht auch darin, seinen Mitgliedern ausgewählte historische Denkmäler und deren Bedeutung vor Ort nahe zu bringen, weswegen regelmäßig Führungen und Exkursionen mit ausgewiesenen Experten stattfinden – oft auch zu sonst nicht oder nur selten zugänglichen Objekten.

Bedroht sind zumeist nicht die allseits bekannten Objekte oder historischen Gartenanlagen, die von tausenden Touristen besichtigt werden, sondern vielmehr die weniger bekannten, aber oft genauso faszinierenden Bauwerke, abseits gelegen und weniger im kollektiven Bewusstsein verankert. Für den Erhalt all dieser Orte und Bauten engagiert sich unser Verein und versteht sich somit als Anwalt der stummen Zeugen der Vergangenheit.

Ihr Beitritt (ab € 24 im Jahr) unterstützt die Rettung bedrohter Denkmäler in Österreich. Die Initiative Denkmalschutz (www.initiative-denkmalschutz.at) ist europaweit vernetzt und pflegt Kontakte zu anderen Denkmalschutz-Organisationen sowie zur UNESCO.



Die Initiative Denkmalschutz ist Partner von
Aktion 21 - pro Bürgerbeteiligung
www.aktion21.at
www.aktion21-austria.at



Folgen Sie uns
tagesaktuell auf Facebook!
www.facebook.com/initiative.denkmalschutz



Die Initiative Denkmalschutz
informiert Sie auch über Twitter:
<https://twitter.com/iDenkmalschutz>



web ► <http://www.idms.at>